

Jüdisches Leben in Südbaden

Differenzierende Materialien für den kompetenzorientierten Geschichtsunterricht zur Vor- und Nachbereitung einer Tagesexkursion zur ehemaligen Synagoge Kippenheim



Florian Hellberg
Silja Minet-Lasch
Heinke Roth
Tobias Roth
Jürgen Stude

Impressum

Umschlagbild

Bildausschnitt

Deportation der Kippenheimer Jüdinnen und Juden nach Gurs

Foto von Wilhelm Fischer, 22. Oktober 1940

Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.

Autor:innen

Florian Hellberg, OStR, unterrichtet die Fächer Deutsch und Geschichte am Max-Planck-Gymnasium Lahr, ist Landeskundebeauftragter an der ZSL-Regionalstelle Freiburg, Fachredakteur für Geschichte am Landesbildungsserver Baden-Württemberg und Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe.

Silja Minet-Lasch, M.Ed., hat in Freiburg Geschichte und Französisch studiert und ist ab Januar 2022 Studienreferendarin im Vorbereitungsdienst.

Heinke Roth, StR'in, unterrichtet die Fächer Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde am Kreisgymnasium Neuenburg.

Tobias Roth, StR, unterrichtet die Fächer Musik, Geschichte und Englisch am St. Ursula Gymnasium Freiburg.

Jürgen Stude leitete als Landesjugendreferent bei der Evangelischen Landeskirche in Baden das Ökumenische Jugendprojekt „Mahnmal zur Erinnerung an die nach Gurs deportierten badischen Jüdinnen und Juden“. Er ist Vorsitzender des „Fördervereins Mahnmal“ und Vorsitzender des „Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim“.

1. Auflage, Kippenheim 2021

Gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

lpb

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

I. Inhaltsverzeichnis

I. Inhaltsverzeichnis	1
II. Sachanalyse	2
III. Bildungsplanbezug Baden-Württemberg	9
IV. Didaktische Perspektivierung	10
V. Konzeption und Verlaufsplanung / Kommentar für die Lehrkraft	12
1) Kontext	12
2) Verlaufsplanung	12
a. Gallery Walk und Entwicklung von Fragen an den Lernort	13
b. Vorstellung und Einführung in das Projekt / Vorstellung der (Lern-)Produkte	14 14
c. Exkursion	14
d. Projektarbeit	14
e. Ausstellung / Präsentation	20
f. Ausblick	21
VI. Materialien	22
1) Gallery Walk	22
2) Handreichung zur Vorbereitung der Exkursion	36
3) Reflexionsbogen zur Exkursion	37
4) HR 1: Gedenkort / Gedenkstätte	38
5) HR 2: Zeitstrahl	39
6) HR 3: Gedenkrede	40
7) HR 4: Inszenierung eines Gegenstandes / einer Person / eines Ortes / eines Fotos	42 42
VII. Literaturverzeichnis	43
VIII. Anhang	46
1) Bildungsplansynopse	46
2) Weitere Materialien (LpB)	58

II. Sachanalyse

Die Kippenheimer Synagoge

Synagogen haben das Ortsbild mancher Dörfer im Süden der Ortenau mitgeprägt. Sie legen Zeugnis ab von den Versuchen der jüdischen Gemeinden, sich in die christliche Umwelt zu integrieren und gleichzeitig an ihrer Religion festzuhalten. In einigen badischen Dörfern stehen noch einige dieser für die Regionalgeschichte bedeutsamen Baudenkmale, wenn auch ihre ursprüngliche Zweckbestimmung zumeist nicht mehr zu erkennen ist. Eine Ausnahme bildet die ehemalige Synagoge in der Kippenheimer Poststraße (Abb. 1). Aufgrund ihres Erhaltungsgrades besitzt das im Rundbogenstil erbaute jüdische Gotteshaus einen besonderen architektur- und kulturgeschichtlichen Wert. 1852 eingeweiht, war sie die dritte Synagoge in der zu diesem Zeitpunkt etwa 200-jährigen Geschichte der Kippenheimer Juden. In ihr spiegelt sich das wechselvolle Schicksal der jüdischen Gemeinschaft, von ihrer Emanzipation im 19. Jahrhundert, bis zu ihrer Vertreibung und Ermordung durch das NS-Regime. Die ehemalige Synagoge ist auch ein Spiegel des Umgangs mit der Verfolgungsgeschichte der Juden nach dem Zweiten Weltkrieg.

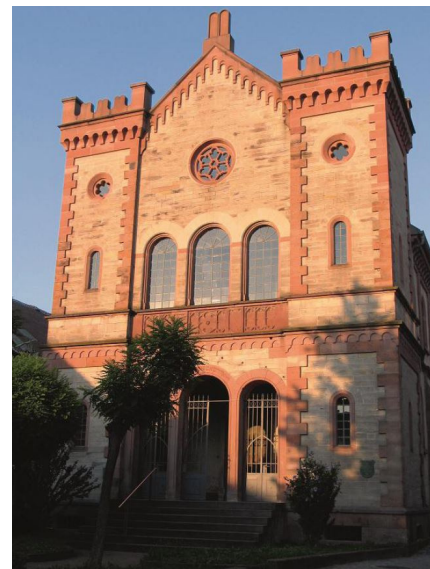


Abb. 1. Die Ehemalige Synagoge Kippenheim
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

Das Landjudentum

Die Landkarte „Jüdische Einwohner in Baden-Württemberg“ des Historischen Atlas Baden-Württembergs zeigt für die Zeit vor dem Nationalsozialismus (1925) ein uneinheitliches Bild: In manchen Landesteilen existierten nur wenige jüdische Gemeinden, in anderen gab es sie in fast jedem Ort. Schwerpunkte jüdischen Lebens waren Nordbaden und im Osten der preußische Regierungsbezirk Sigmaringen (Hohenzollern). Auch die südliche Ortenau beherbergte eine außergewöhnlich große Zahl jüdischer Gemeinden. Nach den schweren Pogromen des 14. Jahrhunderts ließen sich hier ab dem 16. Jahrhundert jüdische Familien nieder, zuerst vereinzelt, dann vermehrt nach dem Dreißigjährigen Krieg – etliche von ihnen aus dem Elsass. Sie nutzten die territoriale Zersplitterung der Ortenau, um die Nähe zu den ihnen nur tagsüber zugänglichen Wirtschaftszentren Lahr und Offenburg zu suchen.

Dort vermarkteten sie bäuerliche Produkte und brachten städtische Erzeugnisse in die Landgemeinden. Sichtbares Zeichen der Verstetigung jüdischen Lebens ist der 1682 angelegte Verbandsfriedhof bei Schmieheim (Ortsteil von Kippenheim) mit seinen über 2600 Gräbern (Abb. 2). Er war für mehr als zwei Jahrhunderte Mittelpunkt der um 1700 sich konstituierenden jüdischen Gemeinden. In ihrer Verbindung mit dem ländlichen Leben entwickelten sie eine Lebensform, die mit dem Begriff „Landjudentum“ umschrieben wird und sich in Sprache (Westjiddisch), Brauchtum und Ritus (elsässischer Minghan) von den städtisch geprägten jüdischen Gemeinden von Karlsruhe, Heidelberg oder Mannheim unterschied.



Abb. 2. Der jüdische Verbandsfriedhof bei Schmieheim
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

Die Vorgängersynagogen

Mit „Jud Hirtz Levi“ wird in den Offenburger Ratsprotokollen von 1674 zum ersten Mal ein Kippenheimer Jude erwähnt, 1684 werden vier jüdische Haushaltungsvorstände genannt. Die Judenordnung der Markgrafschaft Baden-Baden, zu der Kippenheim bis 1806 gehörte, zwang sie abgesondert im sogenannten „Judengässle“ am nördlichen Ortsrand zu wohnen. Vermutlich versammelten sie sich in einem Privatraum, denn es war ihnen auch nicht gestattet, ein Gotteshaus zu unterhalten. In der Mitte des 18. Jahrhunderts begann sich das Synagogenbauverbot zu lockern, so dass sich die jüdische Gemeinde eine Synagoge einrichten konnte (I. Kippenheimer Synagoge), die 1793 als „alt und baufällig“ beschrieben wurde. In diesem Jahr wurden neun jüdische Familien gezählt. Dieses Wachstum weckte den Wunsch nach einer geräumigen Synagoge. Ihre an Markgraf Karl Friedrich von Baden (1728-1811) gerichtete Bitte um kostenfreies Bauholz für einen Neubau fand Gehör, wie eine Aktennotiz vom 10. Oktober 1793 belegt: „Serenissimus haben der Kippenheimer Judenschaft den ganzen Betrag des zu Erbauung ihrer Synagoge erforderliches Bauholzes geschenkt.“ Die 1794 erbaute II. Kippenheimer Synagoge stand im „Judengässle“ (1983 abgerissen); ein vorgebautes Wohnhaus entzog sie den Blicken der Passanten. Diese Hinterhofsituation war für die Synagogen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts charakteristisch. Sie garantierte die Abschirmung des Betsaals gegen Beeinträchtigungen durch die unmittelbare Nachbarschaft und damit den ungestörten Verlauf des Gottesdienstes.

Geschichte der dritten Synagoge

Am 17. August 1843 wandte sich die jüdische Gemeinde an das zuständige Bezirksamt Ettenheim wegen eines Neubaus: „Seit dem unsere Synagoge erbaut worden ist, hat sich gewiss unsere Gemeinde um das doppelte vermehrt, wodurch es nun kommt, dass manche Gemeindemitglieder gar keinen Sitz in derselben haben [...]“ Das unscheinbare Gebäude entsprach auch nicht mehr der gesellschaftlichen Realität der Kippenheimer Juden, die sich nach der Gründung des Großherzogtums Baden 1806 grundlegend geändert hatte. Der von Frankreich abhängende Flächenstaat hatte der jüdischen Bevölkerung ein dauerndes Bleiberecht gewährt. Sie durften nun uneingeschränkt Grundbesitz erwerben, Handel und Gewerbe betreiben und Staatsämter in der Exekutive wahrnehmen. Als Gegenleistung erwartete man von ihnen die Assimilation. Sie nahmen diese Herausforderung an und begannen sich in ihrem Alltagsleben, in Kleidung und in ihren Sitten den Gewohnheiten der christlichen Mehrheitsbevölkerung anzunähern. Auch die alte Judenordnung hatte keine Geltung mehr - die jüdischen Händler zogen nun aus dem „Judengässle“ ([Abb. 3](#)) ins Ortsinnere, wo bessere Bedingungen zur Eröffnung von Ladengeschäften bestanden. Sichtbarer Ausdruck dieses Wandels ist der Standort der neuen Synagoge in der Poststraße in der Mitte des Dorfes.



Abb. 3. Das „Judengässle“ in Kippenheim
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

Die Architektur der Kippenheimer Synagoge verrät den Einfluss des Reformjudentums, das ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts den Juden den Weg in die Moderne ebnen wollte, indem es die Grundessenzen des Judentums mit den Erfordernissen der Gegenwart in Übereinstimmung zu bringen versuchte. Die Kippenheimer Synagoge war der erste auf Wirkung angelegte Synagogenbau der Ortenau. Zum ersten Mal wurden Gesetzestafeln auf dem Giebel als äußere Kennzeichnung einer Synagoge gestellt. Der christliche Architekt Georg Jakob Schneider und seine jüdischen Auftraggeber wählten abweichend vom orthodoxen Schema einen längsrechteckigen Grundriss für den Betraum der Männer, analog dem zeitgenössischen Kirchenbau. Das Vorlesepult wurde von der Raummitte zum Toraschrank an die Ostwand gerückt und die traditionellen beweglichen Lesepulte der Männer durch feste Bänke ersetzt. Zwar blieb die Trennung zwischen Frauen und Männern beibehalten, doch betraten die jüdischen Familien erst den Vorraum, bevor sie sich, nach Geschlechtern getrennt, in den Gebetssaal

beziehungsweise auf die Emporen begaben. Die schulpflichtige Jugend bekam nach kirchlichem Vorbild gesonderte Plätze. Mit solchen Angleichungen an den christlichen Kultus sollte der Eindruck einer fremden religiösen Minderheit überwunden und die gesellschaftliche Emanzipation vorangetrieben werden.

Ihre 1862 durch das Großherzogtum Baden erteilte rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung Badens eröffnete dieser die Niederlassung in jedem Ort des Großherzogtums. Viele jüdische Familien in den Ortenauer „Judendörfern“ hatten nur darauf gewartet, in die ihnen bis dahin verschlossenen südbadischen Städte überzusiedeln. Die „Judendörfer“ begannen sich rasch zu leeren. Insbesondere Offenburg erwies sich als Hauptmagnet der Umzugswilligen. Entgegen diesem Trend stieg die Zahl der jüdischen Einwohner Kippenheims, was vermutlich mit der Anbindung des Dorfes an die Bahn und mit ihrer Lage an der Reichsstraße 3 (heute B3) zusammenhing.

Die Synagoge im Nationalsozialismus

Anfang November 1938 umfasste die israelitische Gemeinde Kippenheim noch etwa 70 Personen. Diese wurden Ziel der Wut der Nationalsozialisten beim Novemberpogrom am 10. November 1938. Am frühen Morgen wurden die jüdischen Männer verhaftet. Einigen stülpte man ihre zuvor mit Wasser gefüllten Hüte über den Kopf, andere sollen in die entwendeten Thorarollen eingewickelt worden sein. Am Vormittag kamen etwa 30-40 Angehörige der Lahrer HJ-Gebietsführerschule in den Ort und demolierten den Innenraum der Synagoge, zertrümmerten das Inventar und warfen ihre Fenster ein (Abb. 4).

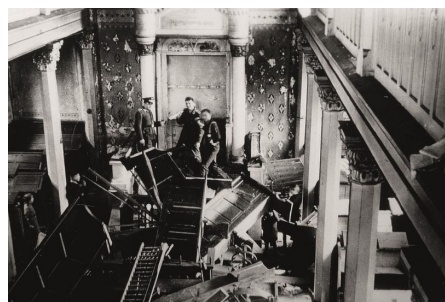


Abb. 4. Der Innenraum der Kippenheimer Synagoge am 10. November 1938
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

Im Rathaus wurden Bücher sowie Ritual- und Einrichtungsgegenstände aus der Synagoge zusammengetragen, die man anschließend in den seit 1937 als NSDAP-Kreisschule genutzten Tretenhof bei Seelbach brachte. Die jüdischen Männer mussten einen fünf Kilometer langen Marsch über die Landstraße nach Lahr antreten, wo sie mit den anderen jüdischen Männern aus dem Landkreis im Gebäude der Milchzentrale in der Kaiserstraße festgehalten wurden. Abends brachte die Schutzpolizei sie zum damaligen Bahnhof Lahr-Dinglingen, wo ein Zug wartete, der sie zum Konzentrationslager Dachau transportierte. Erst nach mehreren Wochen durften sie das Lager wieder verlassen.

Bei der Deportation eines Großteils der badischen Jüdinnen und Juden am 22. Oktober 1940 wurden auch die letzten 30 Angehörigen der jüdischen Gemeinde Kippenheims in das Lager Gurs in Südwestfrankreich verschleppt (Abb. 5). Die politische Gemeinde Kippenheim verlangte daraufhin den Abriss der von ihr als „Schandfleck“ bezeichneten verwaisten Synagoge. Dagegen wandte sich der Lahrer Landrat Strack, der das Gebäude dem „Landwirtschaftlichen Konsum- und Absatzverein“ zur Verfügung stellen wollte. Um den Landwirten eventuelle „psychologische Bedenken“ gegenüber der Nutzung eines ehemaligen jüdischen Gebäudes zu nehmen, schlug er vor: „Wenn man den Vorderbau der Synagoge mit den beiden Türmen abreißt, bleibt eine sehr geräumige Halle übrig, die nach Einbau eines zweiten Stockwerks und Vorbau eines abschließenden Giebels mit geeigneter Dachgestaltung für die Absatzgenossenschaft ein sehr geräumiges Anwesen ergeben würde [...]“ Der Krieg verhinderte die Ausführung dieser Pläne.

Die ehemalige Synagoge nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Jahr 1948 erwarb der damalige Kippenheimer Bürgermeister und Maurermeister Anton Fritschmann die Synagoge und stellte dort Hohlblocksteine her. 1955 ging das Gebäude an die Raiffeisenwarengenossenschaft Kippenheim e. G., die darin ein Lager für landwirtschaftlichen Bedarf einrichtete. Für diesen Zweck ließ die Genossenschaft 1956/57 die Treppentürme bis auf die Höhe des Satteldaches abtragen, die Rundfenster zumauern, die Fensterrosetten entfernen sowie im Betsaal eine Zwischendecke einziehen, so dass ihre ursprüngliche Bestimmung als Synagoge nicht mehr erkennbar war (Abb. 6). Ob diese Umbaumaßnahme auf den Vorschlag des Landrats Strack aus dem Jahr 1940 zurückgeht, ist nicht geklärt.



Abb. 5. Die Deportation der Familie Maier und Auerbacher am 22. Oktober 1940
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

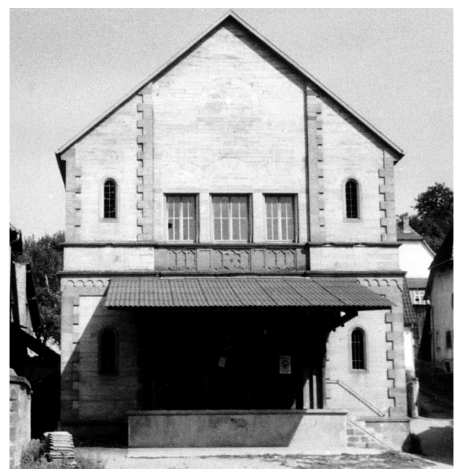


Abb. 6. Das Gebäude der Kippenheimer Synagoge im Jahr 1957 als Lager für landwirtschaftlichen Bedarf
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim

Gedenken

Der 1965 zufällig mit dem Auto durch Kippenheim fahrende Schweizer Jude Leopold Weill (1905-1985) wurde auf die Synagoge und ihre unwürdige Nutzung aufmerksam. Er wandte sich mit einem Leserbrief an die örtliche Presse, was eine mehrjährige Debatte auslöste und schließlich der Verwendung des Gebäudes als Raiffeisenwarenlager ein Ende setzte. Schließlich erwarb die Gemeinde Kippenheim 1983 das ehemalige jüdische Gotteshaus. Dabei ging es ihr vorrangig um die Wiederherstellung des äußeren Erscheinungsbildes, weniger um die Renovierung des Gebäudeinneren. Das Interesse für die ehemalige Synagoge nahm in den 1980er Jahren stetig zu, ebenso die Erforschung ihrer Geschichte und des Schicksals der früheren jüdischen Gemeinde. Die Einladung der noch lebenden jüdischen Bürgerinnen und Bürger durch die Gemeinde Kippenheim zur Einweihung der Gedenkstätte nach deren Renovierung 2003 trug wesentlich zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bei.

Während sich die ehemalige Synagoge im Lauf der Jahre zunehmend als Gedenkort etablierte, erschwerte der schlechte Zustand des Gebäudeinneren ihre Verwendung als Veranstaltungsort. Mit dem erklärten Ziel, das Gebäude zu sanieren und zu einer „Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte“ zu machen gründete sich 1996 der „Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.“ Heute ist die 2003 renovierte ehemalige Synagoge ein anerkannter Lernort für Schulen, Erwachsenenbildung und Jugendarbeit. Dazu werden Führungen durch die Ehemalige Synagoge, den Friedhof in Schmieheim und das jüdische Kippenheim für Schulklassen und für Erwachsenengruppen angeboten. Über Jahre gewachsene Bildungspartnerschaften mit Schulen aus der Ortenau, jährlich stattfindende Kultur- und Gedenkveranstaltungen in den Räumlichkeiten der Ehemaligen Synagoge und Veröffentlichungen zur jüdischen Geschichte der Ortenau sind berechte Zeugnisse einer zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich getragenen vitalen Erinnerungskultur in Kippenheim. Eine ständige Ausstellung zur Geschichte des Landjudentums in der Ortenau ist auf den Emporen zu sehen. Im Betsaal informiert ein Zeitstrahl über die Hausgeschichte, dort liegt auch das „Ortenauer Gedenkbuch“ für die Opfer des Nationalsozialismus aus.

Der Förderverein ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg, die durch die Landeszentrale für politische Bildung unterstützt wird. Studienfahrten für Schüler- und Jugendgruppen nach Kippenheim können bezuschusst werden. Weitere Informationen hierzu siehe:

<https://www.gedenkstaetten-bw.de/gedenkstaetten-bw-liste>

Regierungspräsidium Freiburg
Abteilung 7 Schule und Bildung
Referat 71
Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
Irina Reh
Tel. 0761 208-6093, Mo-Fr vormittags
irina.reh@rpf.bwl.de

Die Ehemalige Synagoge ist an den Sonntagen für Besucher von Mai bis September (14.00-17.00 Uhr) geöffnet.

Das Jahresprogramm des Fördervereins ist auf seiner Homepage einzusehen:

www.ehemalige-synagoge-kippenheim.de

Informationen zur
Bezuschussung von
Studienfahrten



Förderverein Ehemalige
Synagoge Kippenheim



III. Bildungsplanbezug Baden-Württemberg

Die binnendifferenzierte Unterrichtseinheit richtet sich vorrangig an Schüler:innen der Sekundarstufe I aller weiterführenden Schulen. In der Folge erweisen sich neben den prozessbezogenen Kompetenzen (pbK) insbesondere die inhaltsbezogenen Kompetenzen (ibK) für die Klasse 9 der nichtberuflichen Schulen sowie für die beruflichen Schulen als anschlussfähig. Der inhaltliche Fokus der Unterrichtseinheit liegt dabei auf der Zerstörung der Demokratie und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kontext des Nationalsozialismus und findet daher schulartenübergreifend Anknüpfung an Inhalte wie Diktatur, Terror und Verfolgung von Jüdinnen und Juden (für eine Bildungsplansynopse siehe Anhang VIII.1). Indem die Schüler:innen Informationen aus dem außerschulischen Lernort auswerten, unter Berücksichtigung der in der Gedenkstätte zum Ausdruck kommenden Geschichtskultur beurteilen und die regionalgeschichtlichen Beispiele in übergeordnete historische Zusammenhänge einordnen, werden vor allem ihre Methoden-, Reflexions- und Sachkompetenz geschult.

In diesem Zusammenhang treten überdies auch die Leitperspektiven Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV) und Medienbildung (MB) in den Fokus der Unterrichtseinheit, welche die Schüler:innen sowohl für die Wertschätzung von Verschiedenheit als auch für die kritische Auseinandersetzung mit Medien sensibilisieren. Da sich die Schüler:innen vor Ort direkt einbringen können, werden durch den Gedenkstättenbesuch sowie dessen Vor- und Nachbereitung historisches Lernen und politisches Reflektieren verbunden und dadurch wichtige Impulse gegen Antisemitismus gesetzt (Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen, S. 104-109). Schließlich befähigt sie die Auseinandersetzung mit Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus in der Geschichte im Rahmen des Unterrichtsganges zu demokratischem Handeln in unserer Gesellschaft (Leitfaden Demokratiebildung, S. 42).

Handreichung
Antisemitismus



Leitfaden
Demokratiebildung



IV. Didaktische Perspektivierung

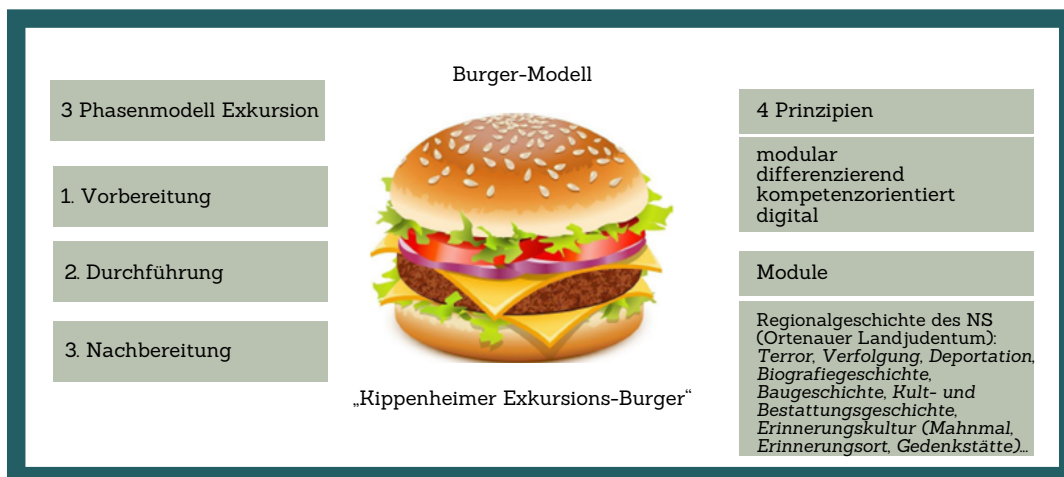
Die Digitalisierung ist längst gesamtgesellschaftliche Realität und beeinflusst auch den Geschichtsunterricht nachhaltig. Historisches Denken wird beispielsweise nicht weiter nur im Klassenzimmer und bei Exkursionen an außerschulischen Lernorten gelernt, sondern (zunehmend) auch in immersiv erlebbaren digitalen Welten in einer „Kultur der Digitalität“ (Stalder 2016). Bereits gegenwärtig ist es möglich, außerschulische Lernorte digital unter Einsatz von VR-Brillen (VR = Virtual Reality) zu besuchen oder Zeitzeug:innen in Form eines Hologramms im Unterricht zum Sprechen zu bringen.

Die Grenzen zwischen „analogem“ und „digitalem“ Unterricht (Friedburg 2014) sind dabei fließend und ein zeitgemäßer problem- und kompetenzorientierter Geschichtsunterricht muss Antworten auf die Frage finden, wie Geschichtslernen im digitalen Zeitalter angebahnt werden soll. Viele außerschulische Lernorte wie Museen oder Gedenkstätten versuchen gegenwärtig Antworten auf diese drängende Frage zu formulieren, um auch weiterhin ein zeitgemäßer Lern-, Erinnerungs- und Gedenkort sowie ein attraktiver und verlässlicher Bildungspartner zu sein (Hellberg/Stude 2021).

In den vorliegenden binnendifferenzierten Materialien, passgenau zum Bildungsplan 2016 in Baden-Württemberg, zum Einsatz für alle weiterführenden Schularten der Sekundarstufe I geeignet, geht es hierbei dezidiert nicht um die vollständige Ersetzung des etablierten kompetenz- und problemorientierten Geschichtsunterrichts, sondern um dessen Erweiterung um Angebote und Möglichkeiten des Geschichtslernens in einer Kultur der Digitalität. Auch soll hier nicht der Besuch des Lernortes durch einen rein virtuellen Besuch ersetzt werden. Im Zentrum und gerahmt durch vor- und nachbereitende Stunden steht hierbei vielmehr weiterhin die Exkursion an den Lernort und den damit verbundenen Besuch der ehemaligen Synagoge in Kippenheim sowie der Dauerausstellung zur Geschichte des Ortenauer Landjudentums, die sich in den Räumlichkeiten der ehemaligen Synagoge in Kippenheim befindet (Abb. 1).

Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen (2019)

Bildungsplan Baden-Württemberg (2016)



Leitfaden Demokratiebildung (2019)

Bildung in der digitalen Welt (2017)

Abb. 1. Hellberg/Stude (2020)

Alle im Folgenden präsentierten Impulse und Materialien zur Vor- und Nachbereitung eines Lernganges zur ehemaligen Synagoge in Kippenheim lassen sich auch ohne das Vorhandensein jeglicher digitaler Infrastruktur unterrichten. Zu allen Materialien sind Anregungen und Alternativen ausgewiesen, um das historische Lernen an, mit und somit auch in digitalen Medien zu fördern (Bernsen/König/Spahn 2012). Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass (noch) nicht alle Schulen über die notwendige Digitalinfrastruktur verfügen, um digitale Lerngänge umzusetzen.

V. Konzeption und Verlaufsplanung / Kommentar für die Lehrkraft

1) Kontext

Im Bildungsplan 2016 für Baden-Württemberg nimmt der Nationalsozialismus eine zentrale Rolle ein. Im Kontext von Machtergreifung / Machtübernahme und der damit einhergehenden ideologisch begründeten Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden in Deutschland lohnt sich der regionalgeschichtliche Blick umso mehr, da hier an konkreten Beispielen vor Ort die Funktionsmechanismen des Nationalsozialismus greifbar und die historische Erfahrungsebene anschaulich gemacht werden können.

2) Verlaufsplanung

Der Unterrichtsgang sieht eine Konzeption von drei Doppelstunden (à 90 Minuten) zuzüglich der Exkursion zur ehemaligen Synagoge Kippenheim vor, der jedoch bei Bedarf und Möglichkeit erweitert werden kann. Gerade in Hinblick auf die Fokussierung auf die Handlungs- und Produktionsorientierung ist es sicherlich wünschenswert, den Schüler:innen ausreichend Zeit zu gewähren, um die Produkte sorgfältig zu erstellen. Ziel des Unterrichtsganges ist die abschließende Gestaltung einer Ausstellung zum Thema

Jüdisches Leben in Südbaden am Beispiel der ehemaligen Synagoge Kippenheim im Kontext des Nationalsozialismus.

Im Zentrum des Unterrichtsganges steht die Exkursion zur ehemaligen Synagoge in Kippenheim, die dazu genutzt werden soll, Informationen für die Umsetzung der eigenen Projektidee zu beschaffen.

Übersicht:

Doppelstunde 1	<ul style="list-style-type: none">- Einstieg mithilfe eines Gallery Walks- Entwicklung und Priorisierung von Fragen an den Lernort- Entwicklung von Projektideen auf Basis von möglichen vorstrukturierten Angeboten (v. a. G- und M-Niveau)
Exkursion	<ul style="list-style-type: none">- Exkursion zur ehemaligen Synagoge Kippenheim
Doppelstunde 2	<ul style="list-style-type: none">- Reflexion der Exkursion- Produktgestaltung mit Reflexionsschleife
Doppelstunde 3	<ul style="list-style-type: none">- Präsentation im Rahmen einer Ausstellung

a. Gallery Walk und Entwicklung von Fragen an den Lernort

Zu Beginn des Unterrichtsganges werden in einem Gallery Walk (digital / analog / hybrid) Quellen (Fotografien, Texte) aus Kippenheim präsentiert. Auf Grundlage der Eindrücke, die die Schüler:innen beim Rundgang erhalten, sollen sie Fragen formulieren, die sich ihnen beim Betrachten der Quellen stellen. Die Schüler:innen notieren ihre Fragen entweder auf Karteikärtchen oder nutzen ein digitales Tool zur Sammlung der Fragen (zum Beispiel Kartenabfrage bei Oncoo). Vorab wählt die Lehrkraft drei unterschiedliche Fragen aus, um eine Typisierung vorzunehmen, anhand derer die Schüler:innen im weiteren Verlauf ihre Fragen kategorisieren können.

Oncoo zur Kartenabfrage und farblichen Kategorisierung:



www.oncoo.de

Zum Beispiel:

Wann begann die Verfolgung der Juden in Südbaden?

Warum wurden die Juden in Südbaden verfolgt?

Warum ist es wichtig, heute noch etwas über die Verfolgung und Ermordung der Juden in Deutschland zu erfahren?

Unterrichtsgespräch: *Was müssen wir tun, um diese Fragen zu beantworten?*

Wissen aneignen

Wissen aneignen und nachdenken über damals

Wissen aneignen und nachdenken über heute

Abschließend untersuchen die Schüler:innen, zu welcher Fragenart ihre Fragen gehören und markieren sie farblich.

b. Vorstellung und Einführung in das Projekt / Vorstellung der (Lern-)Produkte

Ausgehend von den von den Schüler:innen entwickelten Fragen an den Lernort wird den Schüler:innen nun die Idee der Gestaltung einer Ausstellung zum außerschulischen Lernort präsentiert, in welcher ausgewählte Fragen in Form von unterschiedlichen Produkten thematisiert werden können. Hierzu obliegt es der begleitenden Lehrkraft, zu überlegen, wie eng oder weit gefasst die Produkte für die Ausstellung gewählt werden dürfen. Auch muss natürlich eine Rolle spielen, welche technischen Voraussetzungen vor Ort jeweils gegeben sind. Die Auswahl an vorgeschlagenen Produkten ist so konzeptioniert, dass sie sich entweder rein analog und haptisch, analog / haptisch mit digitalen Erweiterungsmöglichkeiten oder rein digital realisieren lassen. Entscheidend ist, dass zu diesem frühen Zeitpunkt die Wahl des Lernprodukts bereits getroffen wird und als vorbereitende Hausaufgabe auf die Exkursion den Schüler:innen aufgetragen wird, zu überlegen, welche Informationen, die sie während der Exkursion nach Kippenheim erhalten, sie für die Gestaltung ihres Lernprodukts benötigen. Die Produkte müssen in einer Doppelstunde zuzüglich eventueller Bearbeitungszeit zu Hause erstellt werden können. Wenn der Schwerpunkt auf Textproduktion gelegt werden soll, ist ein fächerübergreifendes / -kooperierendes Setting mit dem Fach Deutsch denkbar und sinnvoll.

Die Arbeit in Teams ist möglich, sinnvoll und gewünscht.

c. Exkursion

Im Rahmen der Exkursion sollen die Schüler:innen die Möglichkeit erhalten, Informationen zu beschaffen, die für die Gestaltung ihres Lernprodukts notwendig sind. Gegebenenfalls können in Absprache mit den Verantwortlichen des „Fördervereins der Ehemaligen Synagoge Kippenheim e. V.“ vorab Schwerpunkte für die Gestaltung der Führung festgelegt werden, um den Schüler:innen möglichst passgenau Informationen zu präsentieren, die sie für die Gestaltung ihrer Produkte benötigen.

d. Projektarbeit

Zu Beginn der auf die Exkursion folgenden Doppelstunde kann Raum für Fragen und Reflexion zur Besichtigung des Lernorts eingeplant werden. Denkbar ist auch, mit Texten oder Fotos aus dem Gallery Walk in diese Stunde einzusteigen, um den Schüler:innen Impulse für die Reflexion zu präsentieren.

Im Anschluss an diese kurze Einstiegsphase folgt die Erarbeitung der Produkte. Es erscheint sinnvoll und wünschenswert nach circa der Hälfte der Bearbeitungszeit ein Peer Review als Reflexionsschleife durchzuführen, sodass die Schüler:innen noch während der Arbeit an ihren Produkten eine erste Rückmeldung und mögliche Impulse und Ideen zur weiteren Erarbeitung erhalten. Gegebenenfalls müssen die Lernprodukte zu Hause vervollständigt werden.

Die unterschiedlichen Produkte sind so beschaffen, dass eine Erarbeitung entweder vollständig ohne digitale Endgeräte auskommt, digitale Endgeräte beziehungsweise der digitale Raum als Teil der Projektarbeit genutzt werden kann oder die Produkte vollständig digital entworfen werden. Hierbei festzuhalten ist, dass die Nutzung des digitalen Raums keine Ergänzung oder Verbesserung des analogen Raums darstellt, sondern durch die Einbeziehung des digitalen Raums grundsätzlich andere Lernprodukte erstellt werden, die genau wie die analogen Produkte ihren eigenen spezifischen Anspruch, Wert und Nutzen haben.

Um die am Ende des Unterrichtsganges stattfindende Ausstellung sinnvoll zu konzeptualisieren, ist es denkbar, bei der Vorstellung und Auswahl der Lernprodukte darauf Wert zu legen, dass gewisse Lernprodukte durch mindestens eine Schüler:innengruppe erstellt werden. So kann beispielsweise die Ausstellung durch den Vortrag der Gedenkrede inklusive Begrüßung eröffnet werden.

1. Entwurf einer Skizze für einen Gedenkort / ein Denkmal

Durch die Gestaltung einer Skizze für einen Gedenkort beziehungsweise ein Denkmal findet eine vertiefte inhaltliche und künstlerische Auseinandersetzung sowohl mit dem historischen Ort, den Ereignissen, aber vor allem auch der Bedeutung und der Art und Weise der Erinnerung für die Zeitgenossen statt. Dabei müssen unterschiedliche Fragen inhaltlicher und gestalterischer Art vorab geklärt werden. Welche Elemente soll der Gedenkort beinhalten? Wo soll das Denkmal stehen? Warum ist diese Art des Erinnerns angemessen? All diese Fragen können in einem begleitenden Klappentext oder auf einer ebenfalls künstlerisch zu gestaltenden Gedenktafel erläutert werden. Durch die Gestaltung des Gedenkortes / des Denkmals wird nicht nur mit einem Appellcharakter an Geschichte erinnert, sondern es wird auch ein Deutungsangebot vermittelt. Indem die Schüler:innen eigenständig Formen des Erinnerns und Gedenkens entwickeln, setzen sie sich nachhaltig mit Geschichte auseinander.

2. Entwurf eines Zeitstrahls / einer Zeitleiste

Für historische Zusammenhänge sind immer zeitliche Verläufe von Bedeutung. Hierdurch können Veränderungen und Entwicklungen nicht nur mit Ursachen und Auslösern verknüpft werden, sondern auch immer mit bestimmten Zeitpunkten und Zeitintervallen. Wichtig bei der Gestaltung eines Zeitstrahls / einer Zeitleiste ist, dass die Daten in einem Maßstabsverhältnis, meist auf einer waagerechten Zeitskala eingetragen werden. Dabei können Zeitabschnitte mit begleitenden Farbbändern dargestellt und Akteure, Ereignisse, Kausalzusammenhänge und Erklärungen durch unterschiedliche Elemente wie Bilder, Schlüsselbegriffe, kurze Texte, Symbole, Karten, Schaubilder, etc. verdeutlicht werden. Ein großer Vorteil der räumlich-abstrakten Darstellung einer Zeitleiste ist, dass ein anschaulicher Überblick über Zeitverläufe und Abfolgen von Ereignissen und Zusammenhängen sichtbar gemacht werden kann. Damit der Überblickscharakter beibehalten werden kann, muss der Zeitstrahl / die Zeitleiste exemplarische Aussagen auswählen und auf wenigens reduzieren und fokussieren.

Die Erstellung eines Zeitstrahls kann für die Konzeption der Ausstellung von großer Bedeutung sein, kann er doch den Zeitraum der Ausstellungsinhalte abdecken und auf diese Art und Weise einen Überblick über die behandelten Zeiträume bieten.

Der Zeitstrahl kann einerseits haptisch analog auf Papier oder Karton angefertigt werden oder andererseits im digitalen Raum erstellt werden. Hierzu eignet sich die Zeitstrahlfunktion von Padlet oder die DSGVO-konforme deutsche Alternative TaskCards. Der große Vorteil hierbei besteht in der Möglichkeit der kollaborativen Erstellung einer Zeitachse. Auch können hier Audio-Dateien, Texte, Grafiken, Bilder und Videos integriert werden, um auf diese Weise ein multimodales Produkt zu erstellen.

TaskCards



www.taskcards.de

Padlet



www.padlet.com

Um *Padlet* in größerem Umfang (mehr als drei *Padlets*) nutzen zu können, muss sich die Lehrkraft für einen kostenpflichtigen Plan registrieren, der aktuell 96€ pro Jahr kostet.

Die Anwendung *Genially* bietet eine Vielzahl an Vorlagen zur Erstellung einer Timeline, welche nach den persönlichen Bedürfnissen individualisiert werden können. Je nach Tarif (in der Basic-Version kostenlos) ist es hierbei möglich aus verschiedenen Templates zu wählen. Sofern die Lehrkraft als Eigentümer des Accounts die Lernprodukte verwaltet, können Schüler:innen als Mitautor:innen hinzugefügt werden, sodass zeit- und ortsunabhängige Kollaboration ermöglicht wird.

Auch *Microsoft Word* und *Microsoft PowerPoint* bieten Vorlagen für die digitale Erstellung von Zeitleisten / Zeitachsen.

3. Verfassen einer Gedenkrede

Schüler:innen beschäftigten sich nicht nur im Deutschunterricht, sondern auch im Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht mit Reden. Da sich das Vorgehen dabei kaum unterscheidet, können hier Synergieeffekte des inter- beziehungsweise transdisziplinären Vorgehens genutzt werden. Für das Verfassen von Gedenkreden ist das Einhalten elementarer Regeln der systematischen Konzeption von großer Bedeutung. Gleichzeitig steht hier natürlich auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Materie im Vordergrund.

Abhängig von der Leistungsstärke der Gruppe kann hier ein Differenzierungsangebot seitens der betreuenden Lehrkraft gemacht werden. So bietet es sich beispielsweise an, eine historische Figur (zum Beispiel Kurt Salomon Maier) in den Fokus zu rücken. Gleichzeitig ist es auch denkbar, ein abstraktes Thema (für Menschenrechte, für Demokratie, gegen Rassismus) zu wählen.

Genially



<https://genially>

Ein Überblick über die unterschiedlichen Möglichkeiten der Erstellung von Zeitleisten für den Unterricht ist auf dem Blog von Katharina Sambeth zu finden:



www.kms-b.de

Kollaborative Schreibtools bieten hier zusätzlich die Möglichkeit, im digitalen Raum tätig zu sein und gemeinschaftlich einen Text zu verfassen. *Etherpads* erlauben es den Schüler:innen auch in Distanz zusammenzuarbeiten. Über die Kommentarfunktionen können sie sich gegenseitig Rückmeldung geben. Das hier vorgestellte Tool ist kostenlos und funktioniert ohne zusätzliche Registrierung der Schüler:innen.

4. Inszenierung eines Gegenstandes / einer historischen Persönlichkeit / eines Ortes / eines Fotos / ...

Durch die Inszenierung eines Gegenstandes / einer historischen Persönlichkeit / eines Ortes / eines Fotos / ... fokussieren die Schüler:innen einen konkreten Aspekt in ihrer Projektarbeit. Dabei geht es vor allem um die Art und Weise der Darstellung und Kontextualisierung.

Hier bietet sich vor allem die Inszenierung im digitalen Raum an, da auf diese Weise das Objekt multi-modal, das heißt unter Verwendung unterschiedlicher Medienarten, in Szene gesetzt werden kann. So können mit *ThingLink*, nachdem das Objekt entweder fotografiert oder digital erstellt wurde, beispielsweise weitere Texte, die das Objekt näher erklären oder kontextualisieren, genauso verwendet werden, wie (weitere) Fotografien, Videos, selbst aufgezeichnete Audio-Kommentare oder Links zu Content im Internet. Für die Nutzung der Edu-Version von *ThingLink* ist eine kostenpflichtige Anmeldung erforderlich.

Genially erlaubt in der kostenfreien Version eine ähnliche Funktionalität, sofern die betreuende Lehrkraft die Lernprodukte im Rahmen des eigenen Accounts verwaltet. Auch hier können weitere Mitglieder zur Kollaboration eingeladen werden, sodass zeit- und ortsunabhängig zusammengearbeitet werden kann.

Etherpad



<https://yopad.eu>

ThingLink



<https://www.thinglink.com>

Genially



<https://genially>

Eine Möglichkeit mithilfe von Augmented Reality haptisch vorliegende analoge Objekte mit digitalem Content zu erweitern, bietet die App *Augmality*. Hier kann beispielsweise der Schuhkarton fotografiert und anschließend mit weiteren digitalen Inhalten mithilfe der App erweitert werden.

Augmality



<https://augmality.com>

5. Weitere Produktideen

Abhängig von der technischen Ausstattung der durchführenden Schule und der verfügbaren Zeit können darüber hinaus noch weitere Produkte angeboten werden, die hier skizzenhaft vorgestellt werden sollen:

Produkt	Notwendige Tools und weitere Bemerkungen
Ein fiktives Interview führen	Die Befragung von (fiktiven) Zeitzeug:innen kann sowohl die Untersuchungsmethode als auch zugleich das Produkt sein. Sie dient vor allem der Erkundung individueller Geschichte und Deutung. Die Präsentation kann mit geeigneten Audio-Recording-Tools (z. B. Sprachaufnahmen (Android), Sprachmemos (iOS / iPadOS), <i>GarageBand</i> (iOS / iPadOS)) durchgeführt werden.
Ein Explainity-Video drehen	Das Drehen der Explainity-Clips verfolgt, neben dem fachlichen Wissenszuwachs, auch eine Erweiterung der Methoden- und Medienkompetenz. Dabei müssen die gewonnenen Informationen ausgewertet und dann vereinfacht und verständlich in einem kurzen Filmclip anhand einer selbst ausgedachten Storyline umgesetzt werden. Dies erfordert sowohl eine detaillierte fachliche Einarbeitung als auch Kreativität, um die Inhalte unterhaltsam und informativ umzusetzen. Die Erstellung der Videoclips kann entweder mit Videoaufzeichnungs- und -bearbeitungstools wie z. B. <i>iMovie</i> oder mithilfe von online Tools wie z. B. <i>simpleshow</i> (https://simpleshow.com/de/) erfolgen.

Eine Podcast-Episode aufzeichnen

Eine Podcast-Episode zu produzieren, bedeutet in der Regel sehr viel weniger Aufwand, als beispielsweise einen Film zu drehen, da sie „nur“ den auditiven Kanal nutzt. Dies bedeutet gleichzeitig, dass bildhafte Veranschaulichungen wegfallen, weswegen Bilder im Kopf durch Sprache, Geräusche, Töne etc. entstehen müssen. Für dieses Format sind vielerlei Varianten denkbar. Eine Episode kann aus einem oder auch aus mehreren Elementen bestehen (referierte Informationen, Interviewpassagen, ein Dialog oder eine moderierte Gesprächsrunde, Geräusche und Musik als Untermalung oder als eigenständige Bestandteile). Weitere Tipps und Hinweise unter: <https://padlet.com/Traue/Podcasts>

6. Weitere Materialien

Sollten die Schülerinnen weitere Materialien zur Geschichte der Juden in Südbaden benötigen, kann die betreuende Lehrkraft bei Bedarf zusätzliche Quellen, Verfassertexte, Grafiken und Karten zur Verfügung stellen. Eine Auswahl, die dem Materialband *„Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940* entnommen sind, ist im Anhang zu finden.

e. Ausstellung / Präsentation

Zum Abschluss der Einheit folgt die Präsentation der Lernprodukte in einer Ausstellung. Abhängig von der jeweiligen Wahl der Produkte kann die Ausstellung rein analog, hybrid oder digital stattfinden. So können digital vorliegende Lernprodukte wie zum Beispiel die Inszenierung eines Gegenstandes mit *ThingLink*, *Genially* oder *Augmelly* über einen QR-Code haptisch präsentiert werden. Sofern die Schüler:innen die Ausstellung mit digitalen Endgeräten durchlaufen, können sie hier das digitale Lernprodukt über ihr digitales Endgerät betrachten.

ThingLink



<https://www.thinglink.com>

Genially



<https://genially>

Augmelly



<https://augmelly.com>

Sofern alle Lernprodukte ausschließlich digital vorliegen oder digitalisiert sind, ist es ebenfalls möglich, die Ausstellung vollständig im digitalen Raum zu veranstalten. Hierfür eignet sich das Tool *Frame VR*. Alternativ kann auch mit *ThingLink*, *Genially* oder *Augmality* gearbeitet werden.

Frame VR



<https://framevr.io>

f. Ausblick

Abhängig von der Verortung dieses Unterrichtsganges innerhalb der Unterrichtseinheit zum Nationalsozialismus kann eine Reflexion über Formen von Erinnerungen stattfinden (Stolpersteine, außerschulische Lernorte wie der Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim, Mahnmale, ...). Gerade vor dem Hintergrund der Vereinnahmung von Gedenk- und Erinnerungsorten durch die Neuen Rechten wäre eine Thematisierung der politischen Vereinnahmung von Gedenk- und Erinnerungsorten im Allgemeinen vor dem Hintergrund der Leitperspektive Demokratiebildung sinnvoll und wünschenswert. Eine Kooperation mit den Fächern Gemeinschaftskunde / Politik oder Deutsch bietet sich hier ebenfalls an.

VI. Materialien

1) Gallery Walk

Erinnerung an die Deportation

Zeitzeugenbericht

Förderverein Ehemalige
Synagoge Kippenheim e. V.



Am 22. Oktober 1940 war Kurt Salomon Maier aus Kippenheim zehn Jahre alt. Er überlebte die Verfolgung während der NS-Diktatur. Erst 1992 stieß der Gurs-Überlebende auf bis dahin nicht bekannte Bilder, die seine Deportation zeigen.

„Im Jahr 1992 erhielt ich einen Brief aus der Heimat mit Zeitungsausschnitten, auf denen fünf Fotos zu sehen waren. Diese Aufnahmen zeigen die Abholung der Kippenheimer Juden durch die Grenzpolizei, die dafür Militärlaster einsetzte. [...] Als ich die Bilder sah, konnte ich es nicht glauben! Auf einem der Fotos waren die Oma, der Opa, mein Vater zu sehen – und ich, der kleine Junge mit einem Lodenmantel und Kappe! Warum trage ich keinen Koffer und nur eine Aktentasche? Warum muss Vater zwei schwere Koffer tragen? So schwach war ich nicht, dass ich keinen Koffer tragen konnte. An der Aktentasche hing ein Zettel. Da muss mein Name darauf gestanden haben. Mutter und [mein Bruder] Heinz sind auf dem Foto nicht zu sehen. Sie sind bestimmt schon auf dem Lastwagen. Ich glaubte lange, wir wären in der Nacht geholt worden, bis ich die Aufnahmen fast fünfzig Jahre später sah. [...] Die Eltern mussten den Hausschlüssel im Schloss stecken lassen. Jahre später, als ich Kippenheim wieder besuchte, sagte Luise, unser ehemaliges Kindermädchen, dass man unseren Hausrat versteigert hatte. Sie wollte ein Andenken von uns und hatte einen hölzernen Kochlöffel ersteigert.“

Kurt Salomon Maier: Unerwünscht. Kindheits- und Jugenderinnerungen eines jüdischen Kippenheimers, Ubstadt-Weiher u. a. 2011, S. 83.

Entnommen aus: „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020, S. 32.

Fahrt ins Ungewisse

Jüdinnen und Juden wurden größtenteils mit Lastwagen abgeholt und zu den Bahnhöfen gebracht, wo sie in Sonderzüge steigen mussten. Die insgesamt sieben Züge aus Baden überquerten bei Breisach den Rhein. Schließlich hielten die Züge in Chalon-sur-Saône, an der Grenzen zwischen dem von Deutschland besetzten Frankreich und dem freien Frankreich. Diese Grenze wird als Demarkationslinie bezeichnet. Der Transport erfolgte in Absprache mit Adolf Eichmann, der auch an der Demarkationslinie anwesend war. Er leitete im *Reichssicherheitshauptamt* das

zentrale Referat, das die Verfolgung und Deportation der Jüdinnen und Juden organisierte. Nach übereinstimmenden Berichten der Deportierten berührte die weitere Fahrtstrecke die französischen Städte Mâcon, Lyon, Sète, Narbonne, Carcassone, Toulouse, Lourdes und Pau. Dort wurden die Züge nach Oloron-Sainte-Marie am Rande der Pyrenäen weitergeleitet. Von dort aus brachten die französischen Behörden die Deportierten mit Lastwagen in das 18 Kilometer entfernte *Camp de Gurs*.

Landkarte zur Fahrt der Deportationszüge vom 22. bis 25. Oktober 1940



Entnommen aus: „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020, S. 38.

„Als ich ein kleiner Junge war, liebte ich Züge.“

Gedicht

Archiv Kurt Salomon Maier



Der Gurs-Überlebende Kurt Salomon Maier hat seine Erinnerungen an die Deportation und die Tage im Lager Gurs bei einer Rede als Gedicht verarbeitet. Bei der Einweihung des 2005 eröffneten „Mahnmals für die deportierten Jüdinnen und Juden Badens“ in Neckarzimmern trug er dieses vor:

„Als ich ein kleiner Junge war, liebte ich Züge.
Aber als ich 10 Jahre alt war,
musste ich die längste Zugfahrt meines Lebens machen.
Ich erinnere mich, wie ich aus der Schule geholt wurde
und wie meine Großeltern da standen mit Kissenbezügen,
in die sie all ihre Habseligkeiten gestopft hatten.

Ich sehe uns in Kippenheim auf einen Militärlaster steigen
und höre, wie ein Offizier auf dem Bahnsteig zu meinem Vater sagt:
'Sie können Ihr Eisernes Kreuz abnehmen, es nützt Ihnen doch nichts.'

Wir fuhren über den Rhein. Überall wurde geerntet.

Die Bauern arbeiteten neben den Bahngleisen mit Sensen und Handkarren.
Es war auch die Zeit des jüdischen Sukkot-Festes, das Laubhüttenfest.

In Deutschland wurde ebenfalls geerntet.
Aber die Ernte waren Menschen.

Zwei Nächte später und viele zerstörte Häuser weiter
kamen wir an einen Ort in den Pyrenäen wo die Betten Strohlager waren
und der Kaffee
aus Getreide gebrannt war
und wo das Essen aus Stücken Pferdefleisch
mit angefaultem Kohl bestand.

Gurs war ein Ort der Geräusche:
- von ständigem Regen, der auf die Dächer prasselte
- von Ratten, die nachts über die Menschen kletterten.

Es war ein Ort der Gerüche:
- von Latrinen und Schlamm vom Regen.

Es war ein Ort, an dem alles grau war:
- die Wände
- der Himmel.

Selbst der Morast war grau. Wie die Gesichter der Menschen.

Man fühlte ständig Angst im Magen.
Aber sie füllte wenigstens die Leere vom Hungern.
Man spürte auch die Kälte.
Man schlief im Mantel.
Der Nachtwind machte ihn steif wie ein Laken aus Stein.

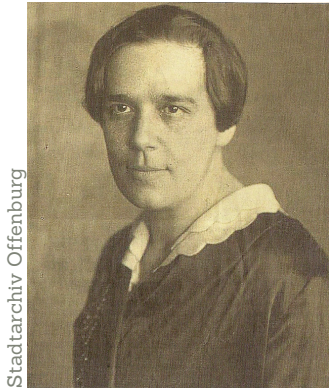
[...] Man sieht: es wurde geerntet.
Sie sammelten uns alle ein.
Es spielte keine Rolle, wer man war.
Wir hatten alle eines gemeinsam: wir waren, was sie suchten. [...]"

Kurt Salomon Maier: Unerwünscht. Kindheits- und Jugenderinnerungen eines jüdischen Kippenheimers, Ubstadt-Weiher u. a. 2011, S. 84-85.

Entnommen aus: „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020, S. 39.

Hertha Wiegand (1890–1944)

Biografie



Stadtarchiv Offenburg

Als die Ettenheimerin Hertha Wiegand, geb. Lion, 1909 ihr Medizinstudium antrat, gehörte sie zu den ersten weiblichen Studierenden Deutschlands. Ihre Dissertation wurde 1915 an der Universität Freiburg angenommen. Im gleichen Jahr heiratete sie Dr. med. Otto Wiegand, mit dem sie 1919 eine gemeinsame Arztpraxis in Offenburg eröffnete. 1925 starb ihr Ehemann an den Folgen seiner Verletzungen, die er sich im Ersten Weltkrieg zugezogen hatte. Hertha Wiegand führte ihre Praxis allein weiter, bis die nationalsozialistische Regierung 1938 ein Berufsverbot über alle jüdischen Ärzte verhängte. Sie versuchte auszuwandern, fand aber kein Land, das bereit war, sie aufzunehmen. Von der Deportation am 22. Oktober 1940 war sie noch verschont geblieben, weil ihr verstorbener Ehemann nach der Rassenlehre der Nationalsozialisten als „Arier“ galt. Am 10. Januar 1944 musste sie sich am Offenburger Bahnhof einfinden, wo ein Sammeltransport mit Jüdinnen und Juden nach Theresienstadt zusammengestellt wurde. Auf dem Weg nahm sie eine Überdosis Schlaftabletten zu sich. In Karlsruhe wurde sie aus dem Zug geholt und in ein Krankenhaus gebracht, wo sie zwei Tage später starb.

Entnommen aus: „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020, S. 41.

Karl David Eisemann (1895–1982)

Biografie

Nach Beendigung des Jurastudiums trat Eisemann als Amtsrichter in den badischen Staatsdienst ein. 1933 wurde er wegen seiner „jüdischen Abstammung“ entlassen. Als Ehemann einer „arischen“ Frau war er von der Deportation am 22. Oktober 1940 ausgenommen. Anfang 1941 wurde Eisemann von den Nationalsozialisten zum Vorsitzenden der *Bezirkstelle Baden der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* ernannt. Hier musste er u. a. die Auflösung der jüdischen Gemeinden organisieren. Er nutzte seine Funktion und schickte Auswanderungspapiere für in Gurs internierte Jüdinnen und Juden. Am 23. März 1942 überreichte ihm die Gestapo eine Liste mit den Namen von 126 Personen, die am 22. April 1942 nach Polen deportiert werden sollten. Eisemann ahnte, welches Schicksal die Deportierten am Zielort erwarten sollte. Er versuchte, ihre Zahl zu verringern, indem er zahlreiche Deportationshemmnisse (z. B. Transportunfähigkeit) konstruierte. Im Januar 1945 erhielt er die Aufforderung, sich für seinen Abtransport bereit zu halten, die er jedoch ignorierte. Mit Hilfe von Freunden gelang es ihm, sich in einer Gartenhütte bis zum Ende des Krieges zu verstecken.

Entnommen aus: „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020, S. 41.



Drei jüdische Soldaten des Ersten Weltkrieges aus Diersburg.
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



Jüdische und christliche Kinder um 1936 in Kippenheim beim gemeinsamen Spiel.
(c) Kurt Salomon Maier

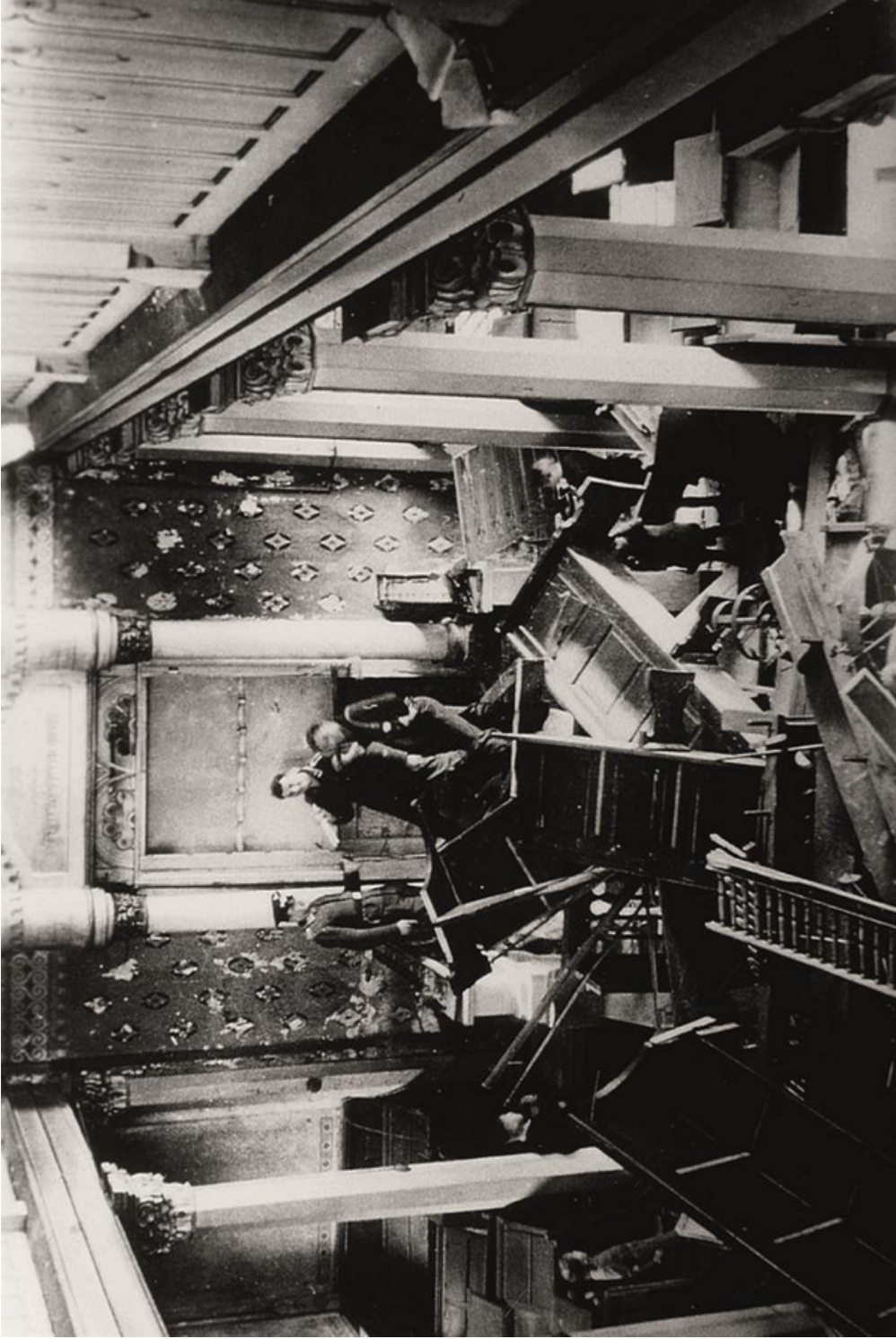


1928: Bodersweierer Fußballer mit ihrem Kassierer Ludwig Merklinger (in der Mitte mit Anzug und Krawatte).

(c) Karl Britz Bodersweier



Gruppenbild aus dem Jahr 1935. Es zeigt die Kinder und Jugendlichen der jüdischen Gemeinde Kippenheim mit Chorleiter Gottfried Schwab (geboren 1893). (Kurt Salomon Maier)
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



Der Betsaal der Kippenheimer Synagoge am Tag des Pogroms (= gewaltsame Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden) am 10. November 1938.

(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



Abtransport der Familie Maier und Auerbacher aus ihrem Haus in der Kippenheimer Querstraße. Siegfried Maier (1897-1958) verlässt sein Haus mit dem Sohn Kurt Salomon Maier (geboren 1930) und seinen Schwiegereltern Hermann Auerbacher (1867-1940) und Sofie Auerbacher (geboren 1867). (c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



Die Deportation der Kippenheimer Juden am 22. Oktober 1940.
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.



Kurt Salomon Maier aus Hippenheim konnte mit seiner Familie 1941 aus Gurs legal auswandern.

(c) Kurt Salomon Maier (Aufnahme 1941)



Die ehemalige Synagoge Kippenheim
(c) Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.

2) Handreichung zur Vorbereitung der Exkursion

Vorbereitung der Exkursion

Die ehemalige Synagoge Kippenheim ist der Ort, an dem du deine Informationen für die Ausarbeitung deines Lernprodukts erhältst. Überlege dir vorher also genau, welche Informationen du benötigst, um dein Projekt anzugehen. Die folgenden Fragen können dir dabei helfen.

1. Welche Fragen habe ich, die ich nur vor Ort beantwortet bekomme? (Fragen an den Experten / die Expertin)

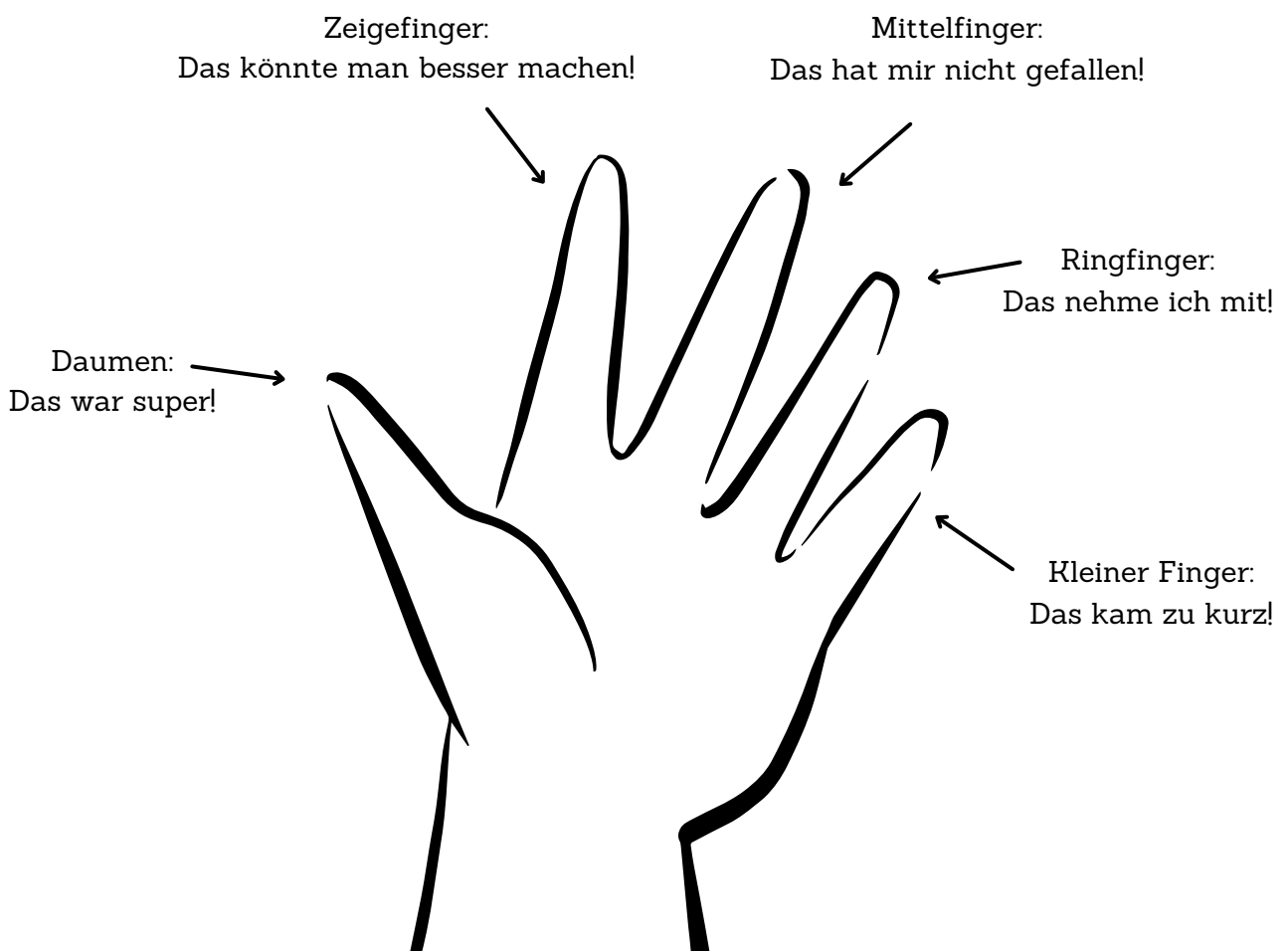
2. Welche örtlichen Gegebenheiten (Standort der ehemaligen Synagoge, Beschaffenheit der Räume im Gebäude, ...) sind für mein Projekt von Bedeutung? (zum Beispiel für die Gestaltung eines Gedenkortes)

3. Brauche ich für die Gestaltung meines Lernprodukts Materialien von diesem Ort, möchte ich zum Beispiel Fotos oder Videos machen, Interviews führen, die ich vor Ort aufzeichne, oder Geräusche aufnehmen?

Bereite dich auch insofern vor, dass du so ausgestattet bist, dass du dir Gedanken notieren oder Eindrücke festhalten kannst. (Stift, Block, digitales Endgerät)

3) Reflexionsbogen zur Exkursion

Reflexionsbogen zur Exkursion



Sonst noch was?

.....

.....

.....

4) HR 1: Gedenkort / Gedenkstätte

Entwurf einer Skizze eines Gedenkortes / einer Gedenkstätte

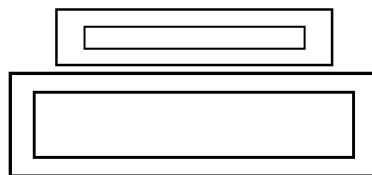
Denkmäler sollen an wichtige Ereignisse „vor Ort“ oder bedeutende Persönlichkeiten erinnern. Entwirf nun selbst eine Skizze für einen Gedenkort/ eine Gedenkstätte.

Gehe dabei wie folgt vor:

- 1) Überlege dir, an wen (eine bestimmte Person?) oder was (ein Gebäude? ein Ereignis?) du erinnern möchtest und wo dein Denkmal stehen soll.
- 2) Entscheide dich nun für Elemente, die dir hilfreich erscheinen, um den Gedenkort möglichst gut in Szene zu setzen. Dies können zum Beispiel ein oder mehrere Gegenstände, Symbole oder Textbausteine sein.
- 3) Entwirf eine Skizze für den Gedenkort: Hierbei kannst du ganz frei vorgehen oder beispielsweise ein Denkmal auf dem vorgegebenen Sockel platzieren (siehe unten).
- 4) Beachte: Aus deiner Skizze muss ersichtlich werden, an wen oder was du aus welchem Grund erinnern möchtest. Falls dies aus deiner Denkmalgestaltung nicht ohnehin deutlich wird, füge deiner Skizze einen kommentierenden Text / eine Gedenktafel hinzu, der / die wesentliche Informationen enthält (siehe Textbausteine).

Denke daran: Die Skizze für einen Gedenkort / ein Denkmal sollte so gestaltet sein, dass man diese ohne Vorwissen und nur mithilfe deiner Erklärung verstehen kann.

Entwurf Sockel



Textbausteine

Folgende Textbausteine können bei der Formulierung eines kommentierenden Textes / einer Gedenktafel hilfreich sein:

- Dieses Denkmal wurde entworfen, um an ... zu erinnern.
- ... stellt ein bedeutendes Ereignis dar / war eine bedeutende Persönlichkeit, an das / die erinnert werden sollte, da...
- An diesem Ort soll an ... erinnert werden, weil...
- Um an ... zu gedenken, haben wir folgenden Gegenstand / folgendes Symbol gewählt..., da...
- Mithilfe dieser Gedenktafel soll an ... erinnert werden...

5) HR 2: Zeitstrahl

Einen Zeitstrahl erstellen

Um einen Zeitstrahl zu erstellen, der einen guten Überblick über einen bestimmten Zeitraum gibt, musst du einige Dinge berücksichtigen:

1) Titel

Gib deinem Zeitstrahl einen aussagekräftigen Titel. Dazu musst du dich entscheiden, welches Thema du im Allgemeinen mit dem Zeitstrahl illustrieren willst.

2) Ereignisse und Zeitraum

Die Ereignisse, die du für deinen Zeitstrahl auswählst, müssen zum Thema deines Zeitstrahls passen. Hierfür ist es wichtig, dass du den Zeitraum, den du mit deinem Zeitstrahl abdecken möchtest, vorher genau festlegst. Für die Gestaltung der Ausstellung zum Schluss des Lernganges ist es zum Beispiel denkbar, dass du dich erkundigst, welche Themen und Ereignisse die anderen Gruppen bearbeiten, sodass du einen Überblick bekommst, was für die Ausstellung wichtig sein könnte. Wähle eine übersichtliche Anzahl an zu integrierenden Ereignissen, so dass deine Zeitleiste verständlich bleibt. Eine Zeitleiste sollte die Informationen enthalten, die du für am meisten relevant in deinem Thema hältst; wenn du zu viel Inhalt verwendest, gehen wichtige Ereignisse unter.

3) Skizze und Größenverhältnisse

Um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie deine Zeitleiste aussehen soll, kannst du ein großes Stück Papier nehmen und mit einem Bleistift eine Skizze zeichnen. In der linken Ecke kannst du ein vertikales Doppelkreuz einzeichnen. Dies ist dein Anfangsdatum. Zeichne eine gerade horizontale Linie über das gesamte Blatt, welche am rechten Rand mit einem weiteren Doppelkreuz endet. Dies ist das Ende deiner Zeitleiste. Die restlichen Informationen fügst du zwischen diesen beiden Markierungen ein.

Deine finale Zeitleiste muss keine gerade Linie sein beziehungsweise überhaupt keine Linie enthalten, du kannst sehr kreativ arbeiten. Zum aktuellen Zeitpunkt kannst du aber diese Skizze verwenden, um herauszufinden, wie du alle Informationen unterbringen kannst.

Eventuell kannst du ein großes Stück Papier in A3 nutzen, so dass du genug Platz hast, alles einzuzeichnen.

Abhängig von der Zeitspanne, die du bearbeitest, kannst du Abstände in Dekaden, Jahren, Monaten oder sogar Tagen wählen. Finde heraus, was für dein Thema und die Anzahl deiner Ereignisse sinnvoll ist. Zeichne die entsprechende Anzahl an Doppelkreuzen auf die Linie zwischen deinem Start- und deinem Enddatum.

4) Kreative Gestaltungsideen

Du kannst deinen Zeitstrahl anschaulicher und interessanter gestalten, indem du zu den einzelnen Ereignissen passende Bilder, Symbole, Schlüsselbegriffe, Karten, Schaubilder oder erläuternde Texte einfügst. Verwende Farben bzw. Farbbänder, um Strukturen zu verdeutlichen.

6) HR 3: Gedenkrede

Eine Gedenkrede verfassen

Die Rede basiert fast immer auf dem Versuch, eine überzeugende Kommunikation zu erzielen und dies mit möglichst angemessenen, effektvollen, auch „schönen“ sprachlichen und nonverbalen Mitteln. Die klassische Rhetorik unterscheidet folgende Stufen zur Vorbereitung und Durchführung einer Rede:

1) Inventio

Die Inventio (Finden der Argumente) betrifft das Finden und Sammeln der Gedanken, Überlegungen und Argumente, die zum gewählten Thema passen. Hierbei handelt es sich um ein erstes Brainstorming, ein ungefiltertes Zusammentragen von Einfällen, die der Ausarbeitung dienlich sein können. Die Grundfragen dabei sind:

- Wer?
- Was?
- Wo?
- Womit?
- Warum?
- Wie?
- Wann?

Verschaffe dir einen Überblick über das zu behandelnde Thema. Stelle Fragen: Worüber ist zu sprechen? Was ist das Ziel? Wie ist es zu erreichen? Lies und prüfe die verfügbaren Quellen (z. B. Quellen und Fachtexte, Fachartikel, Recherche im Internet).

2) Dispositio

In der Dispositio (Gliederung) wird die Auswahl aus den gefundenen Gedanken und Materialien getroffen (Inventio). Dabei wird der Redner in aller Regel zwischen drei Präsentationsformen wählen:

- *docere*: das heißt, der Redner wird oder kann sein Publikum belehren und belehrend argumentieren;
- *delectare*: das heißt, der Redner wird oder kann das Publikum erfreuen und die Affekte durch die Schönheit der Rede und Argumente ansprechen;
- *movere*: das heißt, der Redner wird oder kann sein Publikum anrühren oder erschüttern, um es seinen Argumenten und Einsichten gewogen zu machen.

3) Conclusio

Es folgt die Schlussfolgerung (Conclusio) und erneute Wendung an das Publikum.

Systematische Konzeption einer Rede

- Redeziel, Redezeit und Zielpersonen festlegen

Einleitung

- Anrede
- Vorstellung
- Stimmungsauflockerung
- Nennung des Themas
- Redeziel: Begründung, warum man zu diesem Thema spricht
- Anekdote zum Thema erzählen, eine verblüffende Theorie / These

- Warum spreche ich?
- Was ist der Redeanlass?
- Vor wem spreche ich?

Hauptteil

- Was war, wie ist es dazu gekommen?
- Gegenwart / Schilderung des momentanen Zustands
- Gründe, Beweise, Argumente für das eigene Redeziel
- Gegnerische Ansichten vorwegnehmen und widerlegen
- Zukunft / Schilderung eines idealen Zustandes

- Was war?
- Was ist?
- Was müsste sein?

Schluss

- Zusammenfassung
- Aufforderung, sich im Sinne des Redeziels zu verhalten
- Abschluss

- Tut es!

Sprachliche (Hilfs-)Mittel

Vorschläge zur Vortragsöffnung

Rhetorische Fragen	<i>Sind Sie auch der Meinung...?</i>
Aktuelle, lokale Ereignisse	<i>Gerade als ich hierher kam, erhielt ich eine Nachricht... / Heute las ich in den Nachrichten</i>
Persönliche Erlebnisse	
Schockauslösende Geschichte / Fakten...	<i>90% der Jugendlichen wissen nicht...</i>
Zitat / Witz	
Vorstellungskraft anregen	<i>Stellen Sie sich vor...</i>
Optischer / akustischer Effekt	<i>Kennen Sie dieses Geräusch?</i>

Vorschläge zum Vortragsabschluss

Zusammenfassen	<i>Die Beispiele haben gezeigt...</i>
Prognose	<i>Dieses Ergebnis bedeutet für Sie alle...</i>
Ausblick	<i>Die Zukunft wird bestätigen, dass...</i>
Zielkontrolle	<i>Zwei Schwerpunkte habe ich versucht zu erarbeiten, die für uns alle...</i>
Zitat	
Aufforderung für weiteres Vorgehen	<i>Nun lassen Sie uns alle...</i>
Gute Wünsche	

7) HR 4: Inszenierung eines Gegenstandes / einer Person / eines Ortes / eines Fotos

Künstler:innen ans Werk - einen Gegenstand / eine Person / einen Ort / ein Foto /... inszenieren

Wenn du einen Gegenstand, eine Person, einen Ort oder ein Foto künstlerisch in Szene setzen möchtest, kannst du eine kleine Schachtel oder einen Schuhkarton zu Hilfe nehmen und diesen kreativ mit verschiedenen Materialien gestalten.

Gehe wie folgt vor:

1) Entscheide dich für einen Gegenstand, eine Person, einen Ort oder ein Foto, welches du in den Mittelpunkt deiner Gestaltung setzen möchtest.

2) Schreibe dir direkt auf, warum du dich gerade für diesen Gegenstand, diese Person, diesen Ort, dieses Foto... entschieden hast und was dir dazu einfällt. Folgende Fragen können dir dabei helfen:

- Warum ist dieser Gegenstand, diese Person, dieser Ort ... bedeutsam?
- Was zeigt das Foto? Von wem wurde es aufgenommen?
- Was erzählt uns der Gegenstand, die Person, der Ort, ...?

3) Überlege dir nun, wie du dein Objekt künstlerisch darstellen möchtest.

a. Besorge dir z. B. eine kleine Schachtel oder einen Schuhkarton. Dieser sollte nicht zu klein sein, damit du auch genügend Platz hast, um deine Auswahl gut zu präsentieren.

Überlege im Anschluss, welche Materialien du verwenden möchtest und lege los!

Hier kommen ein paar Ideen für die konkrete Umsetzung:

- Papp- oder Holzfiguren
- Naturmaterialien wie Äste, Steine, Moos, ...
- Buntes Papier
- Eierkarton
- Watte
- Wasserfarben
- Bastelmaterial

b. Du kannst dein Objekt auch auf einem Poster oder einem Plakat künstlerisch in Szene setzen und es inhaltlich kontextualisieren.

Hier kommen ein paar Ideen für die konkrete Umsetzung:

- Texte, die das Objekt mit weiteren Informationen versehen und z. B. Hintergründe erklären
- (Weitere) Fotos, die in einem Bezug oder einem Verhältnis zum Objekt stehen

c. Du kannst dein Objekt auch im digitalen Raum inszenieren: Mithilfe von Tools wie *ThingLink* oder *Augmentity* kann dein Objekt auf unterschiedliche Art und Weise in Szene gesetzt werden. Hier bietet sich v. a. die inhaltliche Kontextualisierung an, um beispielsweise zusätzliche Texte, Fotografien, Videos oder Audio-Kommentare hinzuzufügen.

VII. Literaturverzeichnis

Ausgewählte Literatur zur Geschichte der ehemaligen Synagoge Kippenheim

- Florian Hellberg / Jürgen Stude: Ortenauer Landjudentum. Die Gedenk-, Lern- und Begegnungsstätte Ehemalige Synagoge Kippenheim, in: Archivnachrichten 61 (2021), S. 36–37.
- „Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020.

Die Texteinheiten und Arbeitsmaterialien wurden von Florian Hellberg und Jürgen Stude vom Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V. erarbeitet. Sie geben einen Überblick über die Deportation, ihre Hintergründe und Folgen und regen zur vertieften Auseinandersetzung mit den Themen Antisemitismus, Kollaboration oder Zivilcourage an. Der Fokus liegt auf der Perspektive der Opfer; der Blick wird aber auch auf die Verantwortlichen für die Deportation gelenkt. Thematisiert werden auch das Gedenken an die Deportation nach Gurs seit 1945.

Zum Download unter: <https://www.lpb-bw.de/bausteine>

- Jürgen Stude / Bernd Rottenecker / Dieter Petri, hrsg. vom Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.: Jüdisches Leben in der Ortenau, Bühl 2018.

Das vorliegende Buch bietet eine Gesamtübersicht des jüdischen Lebens in der Ortenau vom Mittelalter bis zur Vernichtung im Dritten Reich. Es besteht aus drei Teilen: Teil 1 widmet sich der Gesamtgeschichte des jüdischen Lebens in der Ortenau mit den vielfältigen Wanderungsbewegungen zwischen Land und Stadt. Teil 2 porträtiert in alphabetischer Reihenfolge die ehemaligen jüdischen Gemeinden dieser Region. Teil 3 enthält eine Auswahl jüdischer Lebensgeschichten, mit ausführlichen Literaturangaben.

- Jürgen Stude, hrsg. vom Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.: „Dies ist nichts als das Haus Gottes“: Führer durch die ehemalige Synagoge Kippenheim, Ubstadt-Weiher 2012.

- Maier, Kurt Salomon, hrsg. von der Evangelischen Landeskirche in Baden: Unerwünscht: Kindheits- und Jugenderinnerungen eines jüdischen Kippenheimers, 2. Aufl., Ubstadt-Weiher 2011.

Der 1930 in Kippenheim geborene Kurt Salomon Maier schildert das jüdische Leben in seinem geliebten Heimatdorf im Schatten der NS-Verfolgung. 1940 wurde er zusammen mit seinen Eltern und seinem Bruder in das Lager Gurs in Südwestfrankreich verschleppt. Buchstäblich in letzter Minute gelang der Familie von dort aus die rettende Emigration nach New York.

- Uwe Schellinger, hrsg. im Auftrag des Fördervereins Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.: Gedächtnis aus Stein. Die Synagoge in Kippenheim 1852-2002, Ubstadt-Weiher u. a. 2003.

Der Sammelband schildert nicht nur die Geschichte der ehemaligen Synagoge, sondern beleuchtet auch den Prozess der Eingliederung der Jüdischen Minderheit im ländlichen Bereich, ihre Ausgrenzung und Vertreibung in der NS-Zeit sowie schließlich die „Vergangenheitsbewältigung“ nach dem Zweiten Weltkrieg.

- Baumann, Ulrich: Zerstörte Nachbarschaften. Christen und Juden in badischen Landgemeinden 1862-1940, Hamburg 2000.

Eine Analyse der sozialen Beziehungen zwischen Christen und Juden in den „Judendörfern“ im Raum zwischen Offenburg und dem Kaiserstuhl auf der Basis von Memoiren, Interviews, Steuerregistern und Kommunalakten.

- Uwe Schellinger, hrsg. vom Förderverein Ehemalige Synagoge Kippenheim e. V.: Jüdisches Kippenheim: Einladung zu einem Rundgang, Haigerloch 1999.

Der Rundgang führt über das „Judengäßle“, den Standort der alten Synagoge Kippenheim, in die Poststraße, dem Zentrum der jüdischen Gemeinde Kippenheim.

- Hedy Epstein: *Erinnern ist nicht genug* (1999), Münster 1999.

Die Kippenheimerin Hedy Epstein (1924-2016) wird 1939 mit einem Kindertransport nach England geschickt. Ihre Eltern retten ihr damit das Leben. 1950 wurde diese nach Gurs verschleppt und in Auschwitz ermordet. Hedy Epstein baute sich in den USA ein eigenes Leben auf. Noch im hohen Alter setzt sie sich für die Menschenrechte ein.

- Historischer Verein Mittelbaden, Mitgliedergruppe Ettenheim (Hrsg.): *Schicksal und Geschichte der jüdischen Gemeinden Ettenheim, Altdorf, Kippenheim, Schmieheim, Rust, Orschweier, Ettenheim* 1997.

Beschrieben wird nicht nur die Geschichte der „Judendörfer“ der südlichen Ortenau - ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Darstellung ihrer Synagogen und Ritualbäder. Darin: Stude, Jürgen: *Geschichte der jüdischen Gemeinde Kippenheim*, S. 322-362.

- Eine nach Erscheinungsjahr gegliederte Übersicht zur Literatur zur Geschichte der ehemaligen Synagoge und zur jüdischen Geschichte der Ortenau findet sich auf der Homepage www.ehemalige-synagoge-kippenheim.de.

VIII. Anhang

1) Bildungsplansynopse

1. Leitperspektiven	47
2. Prozessbezogene Kompetenzen	48
3. Inhaltsbezogene Kompetenzen	50
3.1 Bildungsplan des Gymnasiums Geschichte (BW 2016) Klasse 9	50
3.2 Gemeinsamer Bildungsplan der Sekundarstufe I Geschichte (BW 2016) Klasse 9	51
3.3 Bildungspläne für die beruflichen Schulen (BW 2016)	54
3.3.1 Berufsschule (BS)	54
3.3.2 Berufsfachschule (BFS)	54
3.3.3 Berufskolleg (BK)	55
3.3.4 Berufliches Gymnasium (BG) - Mittelstufe	56
3.3.5 Berufsoberschule (BOS)	57

Hinweis

Der Fokus des Projektes liegt auf der Sekundarstufe I (für alle weiterführenden Schulen). Dies hat zur Folge, dass die prozessbezogenen Kompetenzen (pbK) (klassenübergreifend) und besonders die inhaltsbezogenen Kompetenzen (ibK) für die nichtberuflichen Schulen der Klasse 9 (zum NS) sowie der beruflichen Schulen der nichtkursstufen Klassen in den Blick genommen werden.

1. Leitperspektiven

Bildungsplan des Gymnasiums & der Sekundarstufe I

Bildung für nachhaltige
Entwicklung (BNE)

Die prozessbezogenen Kompetenzen im Fach Geschichte reflektieren das Anliegen der BNE ebenfalls: Die Entwicklung von Kritik- und Empathiefähigkeit sowie die Bereitschaft zu multiperspektivischem Denken sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass nachfolgende Generationen ihre Verantwortung für die Eine Welt übernehmen können. [Demokratiefähigkeit]

Bildung für Toleranz und
Akzeptanz von Vielfalt (BTV)

[...] Die Schülerinnen und Schüler begegnen in der Geschichte unentwegt Beispielen für Intoleranz, aber auch für gegenseitigen Respekt und Akzeptanz von Vielfalt. Sie lernen den unterschiedlichen Umgang der Gesellschaft mit Minderheiten im Verlauf der Geschichte kennen und entwickeln dabei Werthaltungen, die sie zur Achtung und Wertschätzung von Verschiedenheit befähigen.

Medienbildung (MB)

[...] Dabei werden sie für die zentrale Bedeutung von Medien bei der Konstruktion von Wirklichkeit sensibilisiert und zu einer reflektierten Mediennutzung befähigt (zum Beispiel auch hinsichtlich des Urheberrechts). Sie erfahren, wie wichtig die kritische Auseinandersetzung mit Medien für die Weiterentwicklung eines demokratischen Gemeinwesens und seiner zivilgesellschaftlichen Strukturen ist.

2. Prozessbezogene Kompetenzen

Bildungsplan des Gymnasiums & der Sekundarstufe I

Fragekompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können historische Fragestellungen und Strategien zu ihrer Beantwortung entwickeln.

Die Schülerinnen und Schüler können

- Fragen an die Geschichte formulieren und vorgegebene historische Fragestellungen nachvollziehen
- Fragen vergleichen und eigene Schwerpunkte begründen
- Hypothesen aufstellen
- Untersuchungsschritte zur Beantwortung historischer Fragen planen

Methodenkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können fachspezifische Methoden anwenden.

Die Schülerinnen und Schüler können

- unterschiedliche Materialien (insbesondere Texte, Karten, Statistiken, Karikaturen, Plakate, Historiengemälde, Fotografien, Filme, Zeitzeugenaussagen) auch unter Einbeziehung digitaler Medien kritisch analysieren
- Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten (zum Beispiel Museum, Archiv, Denkmal, Kulturdenkmal, Gedenkstätte, historischer Ort)

Reflexionskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können geschichtliche Sachverhalte und Deutungen analysieren, beurteilen und bewerten.

Die Schülerinnen und Schüler können

- Deutungen aus verschiedenen Perspektiven erkennen, vergleichen und beurteilen (Deonstruktion, Multiperspektivität, Kontroversität, Zeit- und Standortgebundenheit), auch unter Berücksichtigung der Geschichtskultur (zum Beispiel TV-Dokumentationen, historische Spielfilme, Museen, Gedenkstätten)

Orientierungskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können Geschichte als Orientierung nutzen zum Verständnis von Gegenwart und Zukunft, zum Aufbau ihrer eigenen Identität und zur Begründung gegenwarts- und zukunftsbezogener Handlungen.

Die Schülerinnen und Schüler können

- die historische Bedingtheit der Gegenwart sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Vergangenheit und Gegenwart analysieren und bewerten
- das kollektive Gedächtnis, insbesondere unterschiedliche Geschichtsbilder, analysieren und bewerten, auch unter Berücksichtigung ihrer medialen Darstellung
- die Übertragbarkeit historischer Erkenntnisse auf aktuelle Probleme und mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft erörtern

Sachkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können historische Sachverhalte strukturiert erschließen und wiedergeben.

Die Schülerinnen und Schüler können

- historische Sachverhalte in Raum und Zeit einordnen
- Zäsuren und Kontinuitäten benennen und in ihrer Bedeutung beurteilen
- wichtige Gruppen in den jeweiligen Gesellschaften unterscheiden sowie deren Funktionen, Interessen und Handlungsmöglichkeiten beschreiben
- historische Sachverhalte in Zusammenhängen darstellen (Narration)
- regionalgeschichtliche Beispiele in übergeordnete historische Zusammenhänge einordnen

3. Inhaltsbezogene Kompetenzen

3.1 Bildungsplan des Gymnasiums Geschichte (BW 2016) Klasse 9

http://www.bildungsplaene-bw.de/site/bildungsplan/get/documents/lsbw/export-pdf/depot-pdf/ALLG/BP2016BW_ALLG_GYM_G.pdf



Orientierung in der Zeit

Die Schülerinnen und Schüler können den historischen Zeitraum, der in den Klassen 9/10 Gegenstand des Geschichtsunterrichts ist, anhand folgender Daten charakterisieren: 1933–1945 NS-Herrschaft, 9.11.1938 „Reichspogromnacht“, 1939–1945 Zweiter Weltkrieg

Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – Zerstörung der Demokratie und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die Schülerinnen und Schüler können den Nationalsozialismus analysieren, als radikalen Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie charakterisieren und die sich aus den nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen.

Die Schülerinnen und Schüler können

- die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus charakterisieren und bewerten (Antisemitismus)
 - BTV: Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees
- das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern und Auswirkungen auf die Stabilität der NS-Herrschaft beurteilen (Propaganda, Terror, Verfolgung: Konzentrationslager, Pogrom, rassistisch, religiös Verfolgte, Juden)
 - Methodenkompetenz: Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten
 - BTV: Minderheitenschutz
 - MB: Medienanalyse
- den Zweiten Weltkrieg charakterisieren und bewerten (Vernichtungskrieg; Holocaust – Shoah)
 - BTV: Konfliktbewältigung und Interessenausgleich
- die sich aus der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen (Schuld, Mitschuld, „Schlussstrich“, Verantwortung)
 - Orientierungskompetenz: das kollektive Gedächtnis, insbesondere unterschiedliche Geschichtsbilder, analysieren und bewerten, auch unter Berücksichtigung ihrer medialen Darstellung
 - BTV: Wertorientiertes Handeln

3.2 Gemeinsamer Bildungsplan der Sekundarstufe I Geschichte (BW 2016) Klasse 9

https://www.bildungsplaene-bw.de/site/bildungsplan/get/documents/lbw/export-pdf/depot-pdf/ALLG/BP2016BW_ALLG_SEK1_G.pdf



Orientierung in der Zeit

Die Schülerinnen und Schüler können den historischen Zeitraum, der in den Klassen 7/8/9 Gegenstand des Geschichtsunterrichts ist, anhand folgender Daten charakterisieren: 1933–1945 NS-Herrschaft, 9.11.1938 „Reichspogromnacht“, 1939–1945 Zweiter Weltkrieg

Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – Zerstörung der Demokratie und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die Schülerinnen und Schüler können den Nationalsozialismus analysieren, als radikalen Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie charakterisieren und die sich aus den nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen.

Die Schülerinnen und Schüler können

G

die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus beschreiben und bewerten (Antisemitismus)

- BTV: Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees

M

die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus charakterisieren und bewerten (Antisemitismus)

- BTV: Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees

E

die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus charakterisieren und bewerten (Antisemitismus)

- BTV: Formen von Vorurteilen, Stereotypen, Klischees

G

das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern (Propaganda; Terror, Verfolgung: Konzentrationslager, Pogrom, rassistisch, religiös Verfolgte, Juden)

- Methodenkompetenz: Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten
- BTV: Minderheitenschutz
- MB: Medienanalyse

den Zweiten Weltkrieg charakterisieren und bewerten (Vernichtungskrieg; Holocaust – Shoah)

- BTV: Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

M

das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern (Propaganda; Terror, Verfolgung: Konzentrationslager, Pogrom, rassistisch, religiös Verfolgte, Juden)

- Methodenkompetenz: Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten
- BTV: Minderheitenschutz
- MB: Medienanalyse

den Zweiten Weltkrieg charakterisieren und bewerten (Vernichtungskrieg; Holocaust – Shoah)

- BTV: Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

E

das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern und Auswirkungen auf die Stabilität der NS-Herrschaft beurteilen (Propaganda; Terror, Verfolgung: Konzentrationslager, Pogrom, rassistisch, religiös Verfolgte, Juden)

- Methodenkompetenz: Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten
- BTV: Minderheitenschutz
- MB: Medienanalyse

den Zweiten Weltkrieg charakterisieren und bewerten (Vernichtungskrieg; Holocaust – Shoah)

- BTV: Konfliktbewältigung und Interessenausgleich

G

die sich aus der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen (Schuld, Verantwortung)

- Orientierungskompetenz: das kollektive Gedächtnis, insbesondere unterschiedliche Geschichtsbilder, analysieren und bewerten, auch unter Berücksichtigung ihrer medialen Darstellung
- BTV: Wertorientiertes Handeln

M

die sich aus der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen (Schuld, Mitschuld, Verantwortung)

- Orientierungskompetenz: das kollektive Gedächtnis, insbesondere unterschiedliche Geschichtsbilder, analysieren und bewerten, auch unter Berücksichtigung ihrer medialen Darstellung
- BTV: Wertorientiertes Handeln

E

die sich aus der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen (Schuld, Mitschuld, „Schlussstrich“, Verantwortung)

- Orientierungskompetenz: das kollektive Gedächtnis, insbesondere unterschiedliche Geschichtsbilder, analysieren und bewerten, auch unter Berücksichtigung ihrer medialen Darstellung
- BTV: Wertorientiertes Handeln

3.3 Bildungspläne für die beruflichen Schulen (BW 2016)

<https://www.bildungsplaene-bw.de/.Lde/5939901>



3.3.1 Berufsschule (BS)

Allgemeine Fächer - Gemeinschaftskunde

<https://www.bildungsplaene-bw.de/.Lde/allgemeine+faecher>



Schuljahr 2: Junge Menschen im Staat: Demokratische Prozesse mitgestalten

- Entwicklung der Demokratie in Deutschland und ihre Gefährdungen
 - Die Schülerinnen und Schüler werten historische Quellen aus ihrem Umfeld aus und setzen sie in Beziehung zur eigenen Gegenwart

3.3.2 Berufsfachschule (BFS)

Zweijährige Berufsschule - Allgemeine Fächer - Geschichte mit Gemeinschaftskunde

<https://www.bildungsplaene-bw.de/.Lde/zweijaehrige+berufsfachschule>



Schuljahr 1: Kampf um Demokratie 19.–20. Jahrhundert

Die Schülerinnen und Schüler können wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Ideologie erläutern. Sie kennen das Führerprinzip und sehen in den Maßnahmen der Gleichschaltung die Errichtung der totalitären Herrschaft. Sie recherchieren vor allem im regionalen Bereich den Einfluss der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf den Alltag der Menschen. Die Schülerinnen und Schüler können persönliche Schicksale der weltanschaulichen und rassistischen Verfolgung vor und im zweiten Weltkrieg beschreiben und diese auf die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaftspolitik zurückführen. Sie erkennen die sich aus der nationalsozialistischen Vergangenheit ergebende historische Verantwortung.

Nationalsozialismus

- Gleichschaltung
- Holocaust
- Vertreibung als Folge des 2. Weltkrieges

- „Machtergreifung“
- Machtausbau Hitlers zur Diktatur
- 2. Weltkrieg
- Verfolgung und Ausgrenzung von Minderheiten und Andersdenkenden
- Antisemitismus: Nürnberger Gesetze, Reichspogromnacht
- Massenvernichtung
- HOT (Handlungsorientierte Themenbearbeitung): Quellen-Filmanalyse, Kartenarbeit, Exkursion, Befragung von Zeitzeugen

3.3.3 Berufskolleg (BK)

Einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife (BKFH) – Pflichtbereich – Geschichte mit Gemeinschaftskunde

<https://www.bildungsplaene-bw.de/,Lde/einjaehriges+berufskolleg+zum+erwerb+der+fachhochschulreife>



Demokratie in Deutschland / Diktatur

Der Nationalsozialismus als totalitäre Diktatur macht den Wert einer demokratischen Ordnung deutlich und bestärkt die Schülerinnen und Schüler in ihrer Bereitschaft, am demokratischen Leben aktiv teilzunehmen.

Das Scheitern von Weimar und die Diktatur des Nationalsozialismus

- Ende von Weimar und Machtübernahme durch den Nationalsozialismus
- Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus
- Verfolgung und Vernichtung
- Widerstand
- Der Weg in Krieg

- Multikausale Erklärung
- Täter, Mitläufer, Opfer
- Vom Antisemitismus zum Holocaust
- Wirtschaft, Außenpolitik

3.3.4 Berufliches Gymnasium (BG) (ab 1.8.2021) - Mittelstufe

Ernährungswissenschaftliche Richtung (EG) sowie Sozial- und Gesundheitswissenschaftliche Richtung (SGG) / Technische Richtung (TG) / Wirtschaftswissenschaftliche Richtung (WG) – Geschichte mit Gemeinschaftskunde

https://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/GGK_MS



Klasse 10: Deutschland im 20. Jahrhundert – zwischen Diktatur und Demokratie

[Die Schülerinnen und Schüler] analysieren zentrale Merkmale der nationalsozialistischen Diktatur.

Die Schülerinnen und Schüler stellen die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur dar und erläutern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, auf die sich die Herrschaft der Nationalsozialisten stützte.

Machteroberung

z. B. Weltwirtschaftskrise, Weimarer Reichsverfassung, Präsidialregime, Reichstagswahlen, Führerstaat, Gleichschaltung

Politische und wirtschaftliche Machtstrukturen

z. B. NS-Ideologie, Vierjahresplan

Leben in der Diktatur

- Indoktrination und Propaganda
- Zustimmung und Widerstand
- Verfolgung und Vernichtung

z. B. NS-Organisationen (HJ, BDM), Formen des Widerstands, Euthanasie, Konzentrationslager

Außenpolitik und Zweiter Weltkrieg

z. B. Aufrüstung, Revisionspolitik, Besatzungspolitik, Résistance, Rasse- und Vernichtungskrieg, Holocaust

3.3.5 Berufsoberschule (BOS)

Mittelstufe (BAS) - Alle Typen - Geschichte mit Gemeinschaftskunde

https://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/mittelstufe+_bas_



Schuljahr 1: Der Weg nach Europa

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit der Entwicklung der Demokratie im 20. Jahrhundert auseinander. Sie kennen die faschistische Ideologie und begreifen die aus Neofaschismus und Antisemitismus resultierenden Gefahren wie Inhumanität und Intoleranz in heutiger Zeit.

Auseinandersetzung mit dem Faschismus

- Ringen um Demokratie in der Weimarer Republik
- Verlust der Demokratie
- Nationalsozialismus
- Auseinandersetzung mit aktuellen Phänomenen des Neofaschismus und Antisemitismus
- HOT (Handlungsorientierte Themenbearbeitung): Lernzirkel, Exkursion, Filmanalyse, Befragung von Zeitzeugen

2) Weitere Materialien (LpB)

Die im Folgenden aufgeführten Materialien entstammen dem Lese- und Arbeitsheft *„Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940* und stellen lediglich einen Ausschnitt dar. Der unten stehende Link führt zum gesamten Lese- und Arbeitsheft im pdf-Format.

„Es war ein Ort, an dem alles grau war ...“ Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden nach Gurs im Oktober 1940. Materialienheft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2020.

https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/bausteine_materialien/ma_gurs_2020.pdf



Die Situation der badischen Jüdinnen und Juden

Am 16. Juni 1933, im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme, lebten in Baden 20 617 Jüdinnen und Juden (0,9 % der Bevölkerung). (1) Der Oberrat der Israeliten in Baden mit Sitz in Karlsruhe leitete die Geschicke der jüdischen Gemeinschaft. Ein von ihm herausgegebenes *Verordnungsblatt* informierte über rechtliche Änderungen und über Aktivitäten jüdischer Vereine. Die badische Judenschaft verfügte über mehrere Einrichtungen, wie über das Friedrichsheim, ein Altenheim in Gailingen, das Erholungsheim für Frauen und Mädchen in Baden-Baden und die Israelitischen Krankenhäuser in Mannheim und Gailingen. Im März 1938 entzog die nationalsozialistische Regierung dem Oberrat die Körperschaftsrechte; im Juli 1939 wurde er als *Bezirksstelle Baden-Pfalz* zwangsweise in die der Gestapo unterstellte *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* eingegliedert. (2) Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die jüdische Bevölkerungszahl im Vergleich zu 1933 halbiert, die reichsweite Volkszählung vom 17. Mai 1939 erfasste nur noch 9 309 Juden in Baden. (3) Die größten jüdischen Gemeinden befanden sich in Mannheim (3 054 Mitglieder), Karlsruhe (1 444), Freiburg (525), Heidelberg (515), Konstanz (286) und Baden-Baden (215). (4)

Entrechtung und Ausgrenzung nach dem Novemberpogrom 1938

Trotz zahlreicher antijüdischer Gesetze und Maßnahmen hofften einige Jüdinnen und Juden mit der Konsolidierung des NS-Staates auf eine Mäßigung der antisemitischen Politik. Doch die Zwangsausweisung der polnischen Juden am 28. und 29. Oktober 1938 und die Pogrome am 09. und 10. November 1938 machten ihnen in schmerzhafter Weise deutlich, dass sie in Deutschland um Leib und Leben fürchten mussten. Viele versuchten zu emigrieren, andere entschieden sich zu bleiben, einige fühlten sich auch für eine Auswanderung zu alt.

Dass sich manche Deutsche vom brutalen Vorgehen während der Novemberpogrome 1938 abgestoßen fühlten, war den nationalsozialistischen Machthabern nicht verborgen geblieben. Nun begannen sich diejenigen Kräfte unter ihnen durchzusetzen, die die Vertreibung und Ausplünderung der Juden auf gesetzlichen Wegen vorantreiben wollten. Durch die Legalisierung versuchten sie, mehr Akzeptanz für ihre antijüdische Politik zu schaffen.

Am 12. November 1938, bereits zwei Tage nach den Novemberpogromen, ergingen entsprechende Erlasse der NS-Regierung:

- Die „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ verpflichtete die Juden in ihrer Gesamtheit zu einer Zahlung von einer Milliarde Reichsmark an das deutsche Reich.
- Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ legte die gesetzliche Grundlage für ihre Enteignung.

- Die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ zwang die jüdische Bevölkerung, für sämtliche im Zusammenhang mit den Pogromen entstandene Kosten aufzukommen.

Während diese Verordnungen auf die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz der Juden zielten, forcierten die 1939 in rascher Folge verabschiedeten Gesetze und Verordnungen deren Ausschluss aus der sog. „deutschen Volksgemeinschaft“. Ein Beispiel für diese antisemitische Gesetzgebung ist das „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April, das „arischen“ Hausbesitzern erlaubte, jüdischen Mietern allein wegen deren „Rassenzugehörigkeit“ zu kündigen. Außerdem ermöglichte es den Kommunen, die dadurch wohnsitzlos gewordenen Juden in sog. „Judenhäusern“ einzuquartieren. Solche Kleinghettos gab es in vielen badischen Städten und Dörfern.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs radikalisierte sich die antisemitische Politik erneut. Die Angst vor weiteren gewaltsamen Übergriffen ergriff die jüdischen Gemeinden, schließlich hatte Adolf Hitler am 30. Januar 1939 im Reichstag prophezeit: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“ (5)

Jüdinnen und Juden wurden als die Verursacher des Krieges angeprangert, was den Hass in der Bevölkerung gegen sie noch mehr schürte. In mehreren Orten im badischen Frankenland kam es am 03. September 1939 zu schweren antijüdischen Übergriffen, die einem ähnlichen Muster folgten: Zuerst wurden die jüdischen Einwohner, zumeist auf Befehl der Bürgermeister, in „Judenhäuser“ gepercht, danach wurden sie gezwungen, Plakate mit der Aufschrift „Wir sind die Kriegshetzer“ durch die Straßen zu tragen. In Königheim hielt man die Juden über ein Jahr lang bis zu ihrer Deportation am 22. Oktober 1940 in einem „Judenhaus“ fest. Sie durften in der Haft weder auf die Straße gehen noch Besuche empfangen, Radio hören oder die Fensterläden öffnen. (6) In Tauberbischofsheim wurden die jüdischen Männer von örtlichen Nationalsozialisten gezwungen, den Boden vor ihrer Synagoge zu küssen. Danach sperrte man sie mit ihren Familien in die Gaststätte „Badischer Hof“; ihre freigewordenen Wohnungen wurden Obdachlosen zugewiesen.

Aus den entlang der Grenze zu Frankreich gelegenen Orten sind keine vergleichbaren Aktionen überliefert. Dort war man mit der Evakuierung der Zivilbevölkerung beschäftigt, welche die Reichsregierung aus Angst vor einem französischen Angriff am 03. September 1939 angeordnet hatte. (7) Mit Bussen oder Zügen brachten Angehörige der NSDAP, in deren Hand die Evakuierung lag, die Menschen ins Landesinnere. Mancherorts wiesen die Transportleiter den Jüdinnen und Juden gesonderte

Abteile zu, in den meisten Fällen jedoch mussten diese ihre Evakuierung in eigener Regie organisieren. Die Überlinger NSDAP-Kreisleitung sprach deshalb von einem „Kuriosum“, als sie feststellte, dass sich unter den zu ihr geschickten Evakuierten auch 20 Juden befanden. (8) Schließlich verteilte die *Reichsvereinigung der Juden* die jüdischen Evakuierten auf jüdische Gemeinden in Württemberg und Bayern. Mehrere hundert kamen in „Judenhäusern“ in München unter, was die Wohnraumnot und der jüdischen Bevölkerung der Stadt noch zusätzlich verschärfte. (9)

Neben ihrer Hilfsaktion für die pommerschen Juden engagierte sich Behrend-Rosenfeld auch weiterhin für ihre badischen Schützlinge in München. Am 24. März 1940 notierte sie: „Übrigens ist ein Teil unserer Rückwanderer dabei, wieder nach Hause zurückzukehren, vornehmlich die Karlsruher und Offenburger. Für die Freiburger, Pfälzer und aus kleineren Ortschaften stammenden Badenser ist die Frage der Rückwanderung noch nicht geklärt, doch hoffen auch sie auf die baldige Erlaubnis.“ (12) Mit der Zeit konnten die meisten badischen Juden in ihre Heimatorte zurück-

Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 99/001 Bu 305 Nr. 1963 (Bild 1)



Die Verbrennung von jüdischen Kulturgegenständen aus der geschändeten Mosbacher Synagoge geschah öffentlich auf dem Marktplatz.

Die auch noch in der Anfangsphase des Krieges angestrebte „freiwillige Auswanderung“ der Juden erwies sich wegen ihrer rapiden Verarmung sowie der restriktiven Einwanderungspolitik der allermeisten Staaten als nicht durchführbar, weshalb das NS-Regime nun nach anderen Wegen suchte, die „Lösung des Judenproblems“ voranzutreiben. Der Kriegserfolg der deutschen Streitkräfte in West- und Osteuropa brachte Gebietsgewinne, die den Nationalsozialisten die Verschleppung der jüdischen Bevölkerung in die von der Wehrmacht besetzten Gebiete ermöglichte. Wohl auf Veranlassung des Gauleiters von Pommern verschleppte die Stettiner Gestapo am 12. und 13. Februar 1940 mehr als tausend Juden über die ehemals deutsch-polnische Grenze in das Generalgouvernement nach Lublin. (10) Innerhalb eines Monats starb ein Viertel der Vertriebenen an Kälte und Hunger. Die Betreuerin der badischen Juden in München, Else Behrend-Rosenfeld, organisierte den Versand von Versorgungspaketen nach Lublin. Als sie im April 1940 nach Baden fuhr, nutzte sie die Gelegenheit, um dort für dieses Hilfsprojekt zu werben. (11)

kehren, doch einige mussten erleben, dass ihre Häuser und Wohnungen bereits an „Arier“ vergeben waren, wie z. B. in Bodersweier, wo der dortige Bürgermeister einen Teil der Zurückgekehrten in einem „Judenhaus“ zusammendrängte. (13) Sein Kollege, der Bürgermeister der Gemeinde Kirche bei Lörrach, ging noch einen Schritt weiter und verwehrte den in Konstanz und Schopfheim ausharrenden jüdischen Kirchenern grundsätzlich die Rückkehr. (14) Auf diese Weise gelang es ihm, noch vor der Deportation am 22. und 23. Oktober 1940, sein Dorf zum ersten „judenfreien“ Dorf in Baden zu erklären. Auch die Stadt Breisach sperrte sich gegen die Rückkehr ihrer jüdischen Bürger. Als diese im Sommer 1940 wieder ihre Wohnungen bezogen, verfrachtete man sie am 01. August 1940 in die leer stehende Psychiatrische Klinik im elsässischen Rufach. (15) Erst nach einigen Wochen durften sie wieder zurückkehren. (16)

Dieses Vorgehen mancher Bürgermeister und Gauleiter sorgte für eine große Verunsicherung unter den deutschen Jüdinnen und Juden. Viele von ihnen stellten sich die gleiche entscheidende Frage, die auch Else Behrend-Rosenfeld umtrieb: „Ist das der Anfang einer allmählich das ganze Reich umfassenden Deportation oder handelt es sich um eine Einzelaktion eines besonders tüchtigen nationalsozialistischen Gauleiters?“ Die Münchnerin war überzeugt, „dass weitere Deportationen kommen werden“. Um darauf vorbereitet zu sein, erstellte sie für die Reichsvereinigung der Juden eine Liste, auf der alles stand, „was unbedingt mitgenommen werden sollte“ (17). Vorbereitet war auch Lilly Reckendorf aus Freiburg, als man sie am 22. Oktober 1940 abholte; sie holte ihr „Leiterwägle“, welches sie bereits bei Kriegsbeginn gerichtet hatte. „Damals rechnete ich mit einem Abtransport [...]“ (18)

Die Situation der badischen Jüdinnen und Juden

Antisemitische Einstellungen waren auch lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 weit verbreitet. Antisemiten schreiben den von ihnen als „Juden“ eingeordneten Menschen unveränderliche Eigenschaften zu, die sie nicht ablegen können. Für die Nationalsozialisten galten also auch solche Menschen als Juden, die ihre Religion abgelegt hatten, sich als Atheisten verstanden oder zu einer der christlichen Religionsgemeinschaften konvertiert waren. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme war der Antisemitismus nun staatstragende Doktrin geworden.

Die staatlich verordnete Ausgrenzung von Juden im Deutschen Reich begann mit dem Boykott jüdischer Geschäfte und Einrichtungen am 01. April 1933 und dem Ausschluss jüdischer Beamter von ihren Ämtern wenige Tage später. Die „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935, das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, schufen weitere juristische Grundlagen zur Entrechtung und Ausgrenzung der jüdischen Minderheit. Die Novemberpogrome 1938 markierten einen vorläufigen Höhepunkt des sich steigenden Judenhasses.

Antijüdische Gesetze und Verordnungen 1933-1940

Chronologie

07.04.1933	„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: Entfernung jüdischer Beamter aus Behörden und Universitäten
22.04.1933	Berufsverbot für jüdische Kassenärzte durch Entzug der Zulassung, 1938 Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte
15.09.1935	„Nürnberger Gesetze“: Aberkennung des Wahlrechts für Juden sowie Verbot, öffentliche Ämter zu übernehmen, Entlassung aller jüdischen Beamten, Verbot der Eheschließung mit Nichtjuden. Auch das Zeigen der Reichs- und Nationalflagge ist Juden nun verboten.
22.06.1938	Juden werden in Krankenanstalten von anderen Patienten getrennt untergebracht.
17.08.1938	Ab dem 01.01.1939 müssen Juden neben ihrem richtigen Vornamen zusätzlich den Namen „Israel“ oder „Sara“ tragen.
05.10.1938	Die Reisepässe deutscher Juden werden ungültig. Damit sind auch Geldüberweisungen ins Ausland nicht mehr möglich. Neu ausgestellte Reisepässe werden mit einem „J“ für „Jude“ versehen.
12.11.1938	„Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetreibenden“: Juden haben alle Schäden der Novemberpogrome selbst zu bezahlen. „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“: Juden werden bestimmte berufliche Tätigkeiten verboten, wie z. B. der Betrieb von Einzelhandels- und Versandgeschäften oder das selbstständige Betreiben eines Handwerks. „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“: Eine Sondersteuer verpflichtet die deutschen Jüdinnen und Juden, eine Milliarde Mark an das Deutsche Reich zu bezahlen. Juden wird verboten, Theater, Kinos, Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.
15.11.1938	Der Besuch öffentlicher Schulen wird jüdischen Schülern verboten. Sie dürfen nur noch jüdische Schulen besuchen.
03.12.1938	Juden müssen ihre Führerscheine abgeben.
28.01.1939	Juden ist es verboten, ihre Waren auf Märkten zu verkaufen.
30.04.1939	„Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“: Juden genießen gegenüber einem nicht-jüdischen Vermieter keinen gesetzlichen Mieterschutz mehr. In der Folge können Juden in sog. „Judenhäusern“ einquartiert werden.
01.09.1939	Die Polizei verlässt ein Ausgehverbot für Juden ab 20 Uhr.
20.09.1939	Juden müssen ihre Rundfunkgeräte abliefern.
Oktober 1939	Nach einem „Erlass des Reichsführers SS und Chef der Polizei“ können Juden ab sofort verhaftet und in ein KZ eingewiesen werden, wenn ihnen „staatsabträgliches Verhalten“ vorgeworfen werden kann oder sie Anweisungen nicht nachkommen.

Nach Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien - Inhalt und Bedeutung, Heidelberg/Karlsruhe 1981.

Die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden am 22. und 23. Oktober 1940

Kurt Salomon Maier war zehn Jahre alt, als seine Familie in Kippenheim am Morgen des 22. Oktober 1940 den Abholungsbefehl erhielt. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich er und sein Bruder Heinz in einer Gastfamilie in Freiburg auf, wo sie die Zwangsschule für jüdische Kinder besuchten. Die Eltern ließen sie mit einem Taxi nach Kippenheim bringen. In seinen 70 Jahre später erschienenen Erinnerungen berichtet Kurt Salomon Maier über diesen Tag, der sein Leben für immer verändern sollte: „Am 22. Oktober 1940 feierten die Juden das Laubhüttenfest. Aber nur wenige Familien errichteten eine Sukkah (Laubhütte), zu sehr war man schon von bösen Ahnungen bedrängt. [...] Heute bereue ich, dass ich kein Schulheft mitgenommen habe. Meine ganzen Schulsachen und Bücher ließ ich in Freiburg oder Kippenheim zurück. Ich verstehe seither die Stelle in der Bibel, wo es heißt, die Kinder Israel aßen ungesäuertes Brot, da sie wegen der Flucht aus Ägypten den Teig nicht fertig gehen lassen konnten. An die Fahrt von Freiburg nach Kippenheim habe ich keine Erinnerungen mehr. Als wir zu Hause ankamen, hatten die Eltern schon die Koffer gepackt. Die Großeltern saßen im Wohnzimmer mit zwei mit Wäsche vollgestopften Kissen. Opa konnte nicht viel tun, er litt am Schlagfluss und zitterte an den Händen. Wir gingen aus dem Haus und stiegen auf den Militärlastwagen.“ (19)

Behördenintern war der Termin der Abschiebung mindestens seit dem 15. Oktober 1940 bekannt. Möglicherweise hatte die Planung der Deportation schon weit früher eingesetzt, dafür spricht u. a. der Nachdruck, mit welchem die badischen Landräte am 07. Oktober die Gemeinden aufforderten, die Daten der jüdischen Einwohner „unter Angabe des Geburtstages und -jahres und der Wohnung sofort weiterzugeben.“ (20) Trotz größter Geheimhaltung waren Informationen zu den Betroffenen durchgesickert. So erinnerte sich Karl Eisemann, Leiter der *Bezirksstelle Baden-Pfalz der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, dass einige Angestellte der Karlsruher Möbelfabrik Reutlinger von einer bevorstehenden Aktion wussten. Der Vater der Mannheimer Gurs-Überlebenden Amira Gezow hatte einige Tage vor dem 22. Oktober seine Arbeitskleidung bereitgelegt. „Es gab nämlich schon Gerüchte und er wollte nicht überrascht werden.“ (21) Laut der Tochter hatten Otto und Gisela Oppenheimer in Mannheim am 20. Oktober Besuch von einem Unbekannten erhalten, der ihnen Tickets für den Flug Stuttgart-Lissabon für den folgenden Tag überreichte

und erklärte, dieser Flug sei die letzte Möglichkeit für sie, Deutschland zu verlassen. Seine Frau würde sie zum Flugplatz bringen, was auch geschah. (22)

Trotz der Gerüchte über eine bevorstehende „Evakuierung“ war die große Mehrzahl der Juden völlig überrumpelt, als man sie am frühen Morgen des 22. Oktober 1940 aufforderte, sofort ihre Sachen zu packen. (23) Ein in der Pfalz und vermutlich auch in Baden verwendetes „Merkblatt für eingesetzte Beamte“ empfahl „nach Möglichkeit“ die Mitnahme folgender Gegenstände:

- „a) für jeden Juden ein Koffer oder Paket mit Ausrüstungsstücken; die zugelassene Gewichtsmenge beträgt für Erwachsene bis 50 kg, Kinder bis 30 kg,
- b) vollständige Bekleidung,
- c) für jeden Juden eine Wolldecke,
- d) Verpflegung für mehrere Tage,
- e) Eß- und Trinkgeschirre,
- f) für jede Person bis zu 100 RM Bargeld [...]“ (24)

Für die Verhaftungen der Juden war die Gestapo zuständig. Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und Leiter des *Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)*, beauftragte am 22. Oktober 1940 morgens um 6 Uhr die Gestapoleitstellen Karlsruhe, Neustadt und Saarbrücken mit der Verhaftung der Juden. (25)

Natürlich konnte die Verhaftung von über 5 600 Personen nicht von der Gestapo allein durchgeführt werden. Neben der Ordnungspolizei wirkten auch Angehörige der SS, der SA und anderer Parteiformationen mit. In Malsch bei Heidelberg z. B. übernahm der lokale Polizeiposten die Ankündigung der Abholdung und die Übergabe der Verhafteten an die Gestapo. Am 24. Oktober 1940 meldete er dem Landratsamt Heidelberg: „Den in Frage kommenden Juden wurde am 22.10.1940 um 7.30 Uhr der Erlass des MdI [*Minister des Inneren*] und die Anordnungen der Gestapo-Stelle mündlich eröffnet. Die Juden nahmen diese Eröffnungen mit Bestürzung auf, fügten sich aber den getroffenen Anordnungen, so dass es in keinem Falle zu Weigerungen kam. Keiner der betroffenen Juden dürfte - ihrem Verhalten nach - vorher eine Ahnung von der Durchführung der Aktion gehabt haben. Jedem jüdischen Haushalt wurde ein Gendarm bzw. Polizeibeamter zur Aufsicht und Überwachung zugeteilt und haben die Juden deren Anordnungen Folge geleistet.“

Nachdem die Juden ihre Sachen gepackt hatten, wurden sie unter Bewachung nach dem Rathaus in Malsch verbracht und von dort aus um 13.30 Uhr mittels Sonderfahrzeug durch die Geheime-Staatspolizei-Stelle in Heidelberg abgeholt. Da einige Juden größere Geldbeträge und Wertpapiere im Besitz hatten, wurden diese nach unterschrieblicher Anerkennung der Beiträge durch den Unterzeichneten erhoben, versiegelt und werden bei der Kreditkasse in Malsch verwahrt. Den Juden wurde eine Bescheinigung über die abgelieferten Beträge ausgestellt, die zweite von den Juden anerkannte Bescheinigung wurde den erhobenen Geldbeträgen beigelegt. Die Geldbeträge wurden deshalb erhoben, da die Juden einzeln in mehreren Häusern in Malsch wohnten und es nicht ratsam erschien, die Geldbeträge und Sparkassenbücher dort zurückzulassen. Ein namentliches Verzeichnis der abgewanderten Juden ist angeschlossen.“ (26)

In manchen Orten brachte man die Juden direkt zum Bahnhof, in anderen zuerst zu einer von Sicherheitspolizisten bewachten Sammelstelle. In der Offenburger Turnhalle der Realschule (heute Schiller-Gymnasium) mussten die Festgenommenen aus der Ortenau auf ihren Abtransport warten. Die Ärztin Hertha Wiegand, die den Schutz einer „privilegierten Mischehe“ genoss und deshalb nicht auf der Deportationsliste stand, leistete ihren medizinischen Beistand. Ihre Tochter half ihr dabei: „Den ganzen Tag war ich unterwegs, um für die Leute Medikament oder sonstige wichtige Dinge zu besorgen. Ein Offenburger Apotheker, der sonst als strammer Nazi bekannt war, packte mir für die Leute ein riesiges Paket zusammen. Er muss von Schuldbewusstsein gepackt worden sein.“ (27) Einige Juden entzogen sich der Deportation durch Freitod. Das Tagebuch der Polizeidirektion Freiburg vermerkt am 22. und 23. Oktober 1940: „Zwei Juden haben Selbstmord verübt; eine Jüdin hat sich die Pulsader durchgeschnitten und starb in der Klinik, ein Jude hat sich erhängt.“ (28) In Karlsruhe nahmen sich drei Personen das Leben (29), in Mannheim acht, vier in Baden-Baden. (30)

Im Gegensatz zu den Pogromen im November 1938 versuchten die Organisatoren der Deportation hässliche Straßenszenen zu vermeiden. Ein Bericht Reinhard Heydrichs vom 29. Oktober 1940 an das Auswärtige Amt schließt mit den Worten: „Der Vorgang selbst wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen.“ (31) Aufnahmen aus sieben badischen Orten (32) entlarven die Behauptung des SS-Führers als bewusste Falschmeldung. Zwangsläufig wurden Nachbarn und Passanten Zeugen der am „helllichten Tag“ vollzogenen Verschleppung. In Bruchsal wurden die Deport-

ierten sogar gefilmt; erhalten ist eine kurze Sequenz (33), die vermutlich im Auftrag der NS-DAP-Kreisleitung gedreht wurde.

Beim Betrachten des Bruchsaler Filmes und der Fotos aus den Deportationsorten fällt auf, dass sie fast nur ältere Menschen zeigen. „Es waren mehr Alte als Junge, mehr Frauen als Männer“ (34), charakterisiert Lilly Reckendorf die Freiburg Deportierten; ähnlich äußerte sich der Geschichtsforscher Karl Otto Watzinger zu den Mannheimer Juden: „Es war eine sterbende jüdische Gemeinde, die am Morgen des 22. Oktober 1940 völlig unvorbereitet die Deportation aus ihrer Heimat traf.“ (35) Nach amtlicher Zählung lebten im Oktober 1940 in Baden noch 6 322 Jüdinnen und Juden, fast zwei Drittel von ihnen waren älter als 50 Jahre. (36) Der hohe Anteil älterer Menschen lässt sich vor allem aus der unterschiedlichen Auswanderungsbereitschaft der Generationen erklären: Jüngeren Menschen fällt es möglicherweise leichter, die Unannehmlichkeiten der Auswanderung und des Neuanfangs in der Fremde auf sich zu nehmen, während dies für Ältere schwer sein kann. In der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen ist der hohe Frauenanteil auffällig. Es ist zu vermuten, dass einige Männer zuvor ausgewandert waren und die Frauen nachkommen sollten.

Vielorts wurde der Hinweis auf dem „Merkblatt“, bettlägerige und schwerkranke Menschen von der Deportation auszunehmen, ignoriert. Man schreckte auch nicht davor zurück, die Bewohner von Altenheimen und Krankenhäusern abzuholen. So brachte man auch die nahezu blinde Baden-Badenerin Emilie Fleischer in eine Sammelstelle: „In der Stunde vor dem Abtransport in das Konzentrationslager, die ich in der Stadthalle Baden-Baden verbrachte, merkte ich plötzlich, dass ich an dem zweiten Auge auch nichts mehr sehen konnte. Alle Bemühungen meiner Tochter und meines Schwiegersohnes, mich wegen meiner schweren Krankheit in Baden-Baden behalten zu dürfen, waren erfolglos.“ (37) Ähnliches berichtete Kurt Weigert, der Leiter des Jüdischen Krankenhauses: „Im Israelitischen Krankenhaus herrschte ein Chaos. Mindestens drei Viertel der Kranken und der Alterspensionäre waren verschleppt.“ (38) Unter den 184 Deportierten aus Gailingen befanden sich 84 betagte Bewohner des ortsansässigen Friedrichsheimes. Die Patientinnen und Angestellten der Nordracher Rothschild-Klinik für Lungenkranke waren von der Deportation ausgenommen; möglicherweise fürchtete man, die zur Abholung eingeteilten Gestapo-Männer könnten sich mit Tuberkulose infizieren. (39)

Die Verantwortlichen

Bis heute diskutieren Historikerinnen und Historiker, wer die Deportation veranlasst hatte. Während viele die Gauleiter Robert Wagner (Baden) und Josef Bürckel (Saarpfalz) für die Initiatoren halten, sehen andere Adolf Hitler in dieser Rolle. Die Annahme, in den beiden Gauleitern die treibende Kraft zu suchen, wird unterstützt durch ein Schreiben des Prälaten Benedikt Kreuz vom 26. Oktober 1940 an den Freiburger Erzbischof Conrad Gröber, der ihn gebeten hatte, beim Reichsinnenministerium Informationen einzuholen: „Nach den von mir dort gewordenen Auskünften, scheint es sich lediglich um eine Angelegenheit des Herrn Gauleiters Wagner zu handeln. Im Ministerium weiß man nichts, war auch sehr überrascht zumal im Februar ein ähnliches Vorgehen des Gauleiters in Stettin zu einer grundsätzlichen Ablehnung des Herrn Reichsminister des Innern geführt hat. Etwaige Schritte zur Linderung der Not müssten unmittelbar beim Herrn Reichsstatthalter [Robert Wagner] unternommen werden als Träger der Aktion. Ob das Reichssicherheits-Hauptamt in Berlin (Gestapo) sich einschalten wird, wie es damals in Stettin war, konnte ich bis jetzt noch nicht feststellen.“ (146) Auch die ausländische Presse beschäftigte sich mit der Deportation. So mutmaßte die jüdische Emigrantenzeitung *Der Aufbau*, dass die Deutschen damit Druck auf die USA aufbauen wollten, „die Erteilung von Visen für die deutschen Juden, die in der letzten Zeit etwas langsamer vor sich gegangen ist, zu beschleunigen“ (147).

Es liegt nahe, die Deportation am 22. und 23. Oktober 1940 nicht als das alleinige Werk der beiden Gauleiter zu verstehen. Die Abschiebung von mehr als 6 500 Menschen erforderte das Zusammenspiel von Regierungsstellen, des Militärs, der Reichsbahn und anderer Akteure. Gesichert ist, dass Adolf Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) für die Logistik der Deportation zuständig war. Über die Gestapo-Leitstellen verschaffte er den beiden Gauleitern das Personal zur Festnahme, außerdem sorgte er für die Bereitstellung der Sonderzüge. Möglicherweise stand die Deportation im Zusammenhang mit dem im Sommer 1940 von Eichmann und anderen NS-Größen diskutierten „Madagaskarplan“, der die Übersiedelung der westeuropäischen Juden auf die französische Insel Madagaskar im Indischen Ozean vorsah.

Für den Historiker Gerhard J. Teschner lässt sich die Frage nach den Hauptinitiatoren der Deportation am 22. und 23. Oktober 1940 aufgrund der mangelhaften Quellenlage nicht endgültig beantworten: „Man sollte daher davon ausgehen, dass es sich um eine von den Gauleitern gewollte und auch zusammen, mit Unterstützung des Reichssicherheitshauptamts durchgeführte Gemeinschaftsaktion handelte.“ (148) Er argumentiert u. a. mit einer Aussage Eichmanns, die dieser in seiner Haft in Jerusalem machte: „Glaublich während meiner Madagaskar-Bemühungen wurde eine Evakuierungsaktion glaublich aus dem Raum Baden fällig. Der Sachverhalt war folgender: Der Himmler teilte dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD [Heydrich] mit, dass der Gauleiter sowieso, der Name ist mir entfallen, bei ihm vorstellig geworden sei, ‚seine Juden‘ loszuwerden. Es hieß, Himmler habe dem zugestimmt und angeordnet, dass diese in das unbesetzte französische Gebiet zu fahren seien. Mein Dezernat, also IV B 4, musste beim Reichsverkehrsministerium die Eisenbahnzüge bestellen und die Strecke wurde von diesem Ministerium auf einer sogenannten Fahrplan-konferenz glaublich über Châlons-sur-Marne [gemeint war Chalon-sur-Saône] festgelegt.“ (149) Weder das Auswärtige Amt noch die deutsche Waffenstillstandskommission und das Reichsinnenministerium waren über die bevorstehende Deportation informiert worden. (150) Letzteres sah sich laut einem seiner Mitarbeiter durch den Alleingang des RSHA bzw. der Gauleiter in eine „völlig lächerliche Situation“ gebracht (151) und behielt sich Schritte gegen Bürckel vor. (152)

Das Gedenken an die Deportation vom 22. und 23. Oktober 1940

Das abgelegene Gelände des ehemaligen Lagers Gurs wird seit dem Kriegsende immer wieder von Überlebenden, deren Nachfahren und Interessierten aufgesucht. Am 29. April 1979 gründeten ehemalige Lagerinsassen den „Freundeskreis des ehemaligen Internierungslagers Gurs“ (*Amicale du camp de Gurs*), der an alle Opfergruppen, an Geflüchtete aus dem

Spanischen Bürgerkrieg, „unerwünschte“ Franzosen, Juden u. a. erinnert. Seit dem 03. Oktober 1994 gehört das Lager Gurs neben den Gedenkstätten Drancy, Izieu, Natzweiler und anderen zu den staatlichen Gedenkortern Frankreichs.

Geschichte des Gedenkens

Förderverein Mahnmal Neckarzimmern e. V.



Das Mahnmal zur Erinnerung an die Deportation der badischen Jüdinnen und Juden am 22. Oktober 1940 nach Gurs steht auf dem Gelände der Evangelischen Jugendbildungsstätte Neckarzimmern.

Im Jahr 1945 errichteten Juden des Départements Basses-Pyrénées auf dem ehemaligen Lagergelände ein Denkmal für die in Gurs internierten Jüdinnen und Juden. In Baden hingegen war die Deportation nach dem Krieg nahezu in Vergessenheit geraten. Erst ein 1957 erscheinender Artikel in einer badischen Tageszeitung über den unwürdigen Zustand des Deportierten-Friedhofes fand Gehör. Auf Initiative des Karlsruher Oberbürgermeisters Günther Klotz schlossen sich die größeren Städte Badens zusammen, um den Friedhof

instand zu setzen. Am 26. März 1963 konnte der neu gefasste Lagerfriedhof eingeweiht werden. Das damals entstandene Bündnis badischer Städte hat bis heute Bestand. Es lädt alljährlich gemeinsam mit dem Oberrat der Israeliten Badens zu einer Gedenkfeier nach Gurs ein. 1965 wurde zum ersten Mal ein Workshop mit deutschen Jugendlichen auf dem Lagergelände durchgeführt. 1972 errichtete das Städtebündnis eine Gedenkhalle mit dem Gedenkbuch für die in Gurs Internierten am Eingang des Lagergeländes, fünf Jahre später gründete sich die *Amicale du camp de Gurs*. Seit den 1980er Jahren kommen verstärkt Überlebende des Lagers nach Baden, um als Zeitzeugen vor Schulklassen, Jugendgruppen und Kirchengemeinden zu sprechen. 2004 wurde das ökumenische Jugendprojekt Mahnmal ins Leben gerufen, das sich an alle 137 Deportationsorte wendet und dadurch auch die kleineren und ländlichen Deportationsorte in das Gedenken die Opfer von Gurs miteinbezieht: jeweils ein Gedenkstein wird am Deportationsort und einer am zentralen Mahnmal in Neckarzimmern aufgestellt. Auch die vielen Aktivitäten im Rahmen der „runden“ Jahrestage der Deportation 2010 und 2015 trugen zu einer verstärkten Wahrnehmung des 22. und 23. Oktober 1940 als Teil der badischen Geschichte bei.

Ein Überlebender setzt sich für die Erinnerung ein Historischer Hintergrund

Der Gurs-Überlebende Rolf Weinstock war einer der ersten, der sich für das Gedenken an die nach Gurs Deportierten einsetzte. Mit seinem 1948 erschienenen Buch *Das wahre Gesicht Hitler-Deutschlands* wollte er „dem deutschen Volke und der ganzen Welt die Augen darüber öffnen, was Hitler und seine Genossen waren und was sie bezweckten.“ Dass sein Buch nur auf wenig Interesse stieß, hielt ihn nicht davon ab, sich weiter für die Erinnerung an die Deportierten einzusetzen. Gemeinsam mit der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)* erreichte er am Eingang des Emmendinger Friedhofes die Errichtung eines Gedenksteins für die Opfer des Nationalsozialismus, der im August 1951 von unbekanntem Tätern umgestürzt wurde. Rolf Weinstock verstarb 1952 im Alter von 32 Jahren an den Spätfolgen der Lagerhaft von Auschwitz. Seit 1990 trägt eine Straße in Emmendingen den Namen „Weinstockstraße“.

Deportationen in die Vernichtungslager

Mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 radikalisierte sich die „Judenpolitik“ der Nationalsozialisten noch einmal. Am 31. Juli 1941 wurde der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich beauftragt, Vorbereitungen „für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussbereich in Europa“ zu treffen. Bereits im Oktober 1941 begannen die systematisch-

en Deportationen in die Vernichtungslager. Die Koordination der „Endlösung“ erfolgte auf der von Heydrich geleiteten „Wannsee-Konferenz“ am 20. Januar 1942. Auch die in Gurs und anderen Lagern festgehaltenen badischen Jüdinnen und Juden wurden ab Sommer 1942 in die Vernichtungslager im Osten Europas gebracht und vielfach ermordet.

Der Weg aus Gurs in die Vernichtungslager Karte

Die Karte zeigt eine Route der Deportationszüge von Gurs über das Lager Drancy bei Paris in die Vernichtungslager Auschwitz und Sobibor.



Die Schicksale der in Gurs inhaftieren Jüdinnen und Juden aus Baden Tabelle

1 520	in Gurs oder in einem anderen französischen Lager verstorben
2 250	in Auschwitz oder in einem anderen Vernichtungslager ermordet
680	überlebten in Frankreich, Spanien oder der Schweiz
620	ausgewandert
499	Schicksale konnten nicht geklärt werden

Erstellt nach Gerhard J. Teschner: Die Deportation der badischen und saarpfälzischen Juden am 22. Oktober 1940, Frankfurt/Bern 2002, S. 319.

Das Sammellager Drancy bei Paris Hintergrund

Im August 1941 wurde in Drancy bei Paris ein Sammel- und Internierungslager für Jüdinnen und Juden eingerichtet. Als Ort wählte man die *Cité de la Muette*, eine Großwohnanlage, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstanden war. Das Lager hatte eine Größe von 200x40 Metern, war mit Stacheldraht umzogen und konnte ca. 4 500 Gefangene aufnehmen. Bis zum 01. Juli 1943 wurde das Lager von der französischen Polizei verwaltet, allerdings auch unter der Kontrolle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich. Danach, bis zur Befreiung am 17. August 1944, war die SS für das Lager verantwortlich.

Etwa 70 000 Menschen passierten dieses Lager auf dem Weg in die Vernichtungslager. Davon kamen ca. 65 000 Menschen nach Auschwitz oder Sobibor.

Vgl. Eberhard Jäckel/Peter Longerich/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Berlin 1993, Bd. 1, S. 368-370.